

Exzerpt von R. König:

Steffen Mau, Tomas Lux und Linus Westheuser: Triggerpunkte - Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp 4. Aufl. Frf/M 2023

Einleitung

Spaltungsdiagnosen haben Konjunktur. Sind aber nicht neu. Das Bild von dem Auseinanderfallen der Gesellschaft kannte schon Marx im KM in seinem zwei Klassen-Modell (S. 9). Diese Bilder waren aber nie unumstritten.

Die Separierung der Nachkriegszeit war dagegen an Fragen der ökonomischen Verteilung in einem zweidimensionalen Links-Rechts-Raum geknüpft. (S. 13)

Für die Gegenwart wird dagegen eher von neuen kulturellen Konfliktlinien gesprochen, in denen es mehr um die Öffnung/Schließung von Grenzen, also um kulturelle Liberalisierung geht. Die Pole sind kulturelle Modernisierung, Weltoffenheit einerseits und Traditionalismus, nationale Schließung andererseits (S. 14).

Die Streitparteien werden nicht nur in Gesinnungslager, sondern auch in soziokulturelle Großgruppen gegliedert. Dem linksliberal-kosmopolitischen Oben steht dabei das rechtskonservative Unten gegenüber. Die oberen Statuslagen gelten als Gewinner der Modernisierung. (S. 15). Bildung, Einkommen, sozialer Status und berufliche Position werden als maßgeblich dafür angesehen, welcher Orientierung man angehört. (S. 15)

Aber lassen sich die neuen Polarisierungsgrenzen auf D übertragen? Hier scheint alles differenzierter und mit wenigen Veränderungen seit den 90er und Nuller-Jahren (S. 18). Auch Vorsicht, vor zu schematischen Lagerbildungen: Untersuchung der K-A-Stiftung zeigt, „dass auch die Corona-Pandemie nicht zu einer Verschärfung der Polarisierung geführt hat.“ (S. 19)

„Eine Lagerbildung, wie in den gängigen Polarisierungsthesen unterstellt und medial immer wieder gern aufgegriffen, lässt sich an den empirischen Befunden bislang nicht ablesen.“ (S. 19)

Wäre damit die Diskussion, um den Polarisierungs-Diskursimport aus den USA zu beenden?

Wohl eher nicht, denn die „Gesellschaft ist ja von diversen Streits durchzogen, fast täglich brechen neue auf.“ (S. 21)

Diese Konflikte werden „gesellschaftlich hergestellt – sie werden entfacht, getriggert und angespitzt.“ (S. 23)

Was will das Buch?

Es will Ungleichheitskonflikte in der Gegenwart analysieren (S. 24), also die „Lagerung und Dynamik sozialer Konflikte“ kartieren.

Im Fokus steht dabei der vorpolitische Raum moralischer Grammatiken, Interessen, Weltsichten etc. (S. 24)

Benutzt wird dabei „das Konzept der Ungleichheitsarenen“ (S. 24)

„Wir können jetzt schon vorwegnehmen, dass das häufig gezeichnete Bild einer gespaltenen Gesellschaft nicht zutrifft. D.h. es gibt kein klares Gegeneinander unterschiedlicher Sozialstrukturgruppen (S. 25).

Bemerkenswert aber sind „die großen Unterschiede zwischen den Arenen: in der verteilungspolitischen Oben-Unten-Arena dominiert das Unbehagen an der Ungleichheit ohne klassenpolitische Mobilisierung, die migrationspolitischen Innen-Außen-Arena weist dagegen eine viel stärkere Spannung auf (S. 26). „Hier stehen Fragen der Regulierung und Begrenzung von Migration ... auf der Tagesordnung.“ (S. 26)

Die umweltpolitische Heute-Morgen-Arena entsteht gerade, ist noch nicht vollständig konturiert (S. 26).

Ein Ziel der Autoren: Klären, warum sich Konflikte bei einigen Themen „plötzlich und oft sehr drastisch intensivieren – z.B. beim Gendersternchen und Tempolimit z.B. (S. 27).

Es wird auch das Verhältnis der Arenen zueinander analysiert (S. 28).

Anspruch des Buches:

Die oft beschriebene „Krisenhaftigkeit gegenwärtiger Entwicklungen ... kritisch unter die Lupe nehmen.“ (S. 33)

Dem wird die differenzierendere Betrachtung einer „nach Konfliktarenen systematisierten empirischen Untersuchung“ entgegengestellt. (S. 33)

Zudem wird auch die These aufgegriffen, dass in den westlichen Demokratien die klassenbasierten Konflikte von den identitätsbasierten abgelöst worden seien (s. 33).

Man führte dazu eine auch eigene empirische Untersuchung bundesweit und in 2 Fokusgruppen als Vergleich durch (2021 und 2022).

All das ermöglichte eine detaillierte Betrachtung der gegenwärtigen Einstellungsstruktur in D (S. 35).

2. Arenen der Ungleichheitskonflikte

„In jeder Gesellschaft findet sich zu jedem Zeitpunkt Nebeneinander unterschiedlicher Auseinandersetzungen um Ungleichheit: Es gibt nicht den einen alles bestimmenden Konflikt, sondern eine Reihe von Themen, die mehr oder minder scharf debattiert werden, wann immer sie in den Fokus geraten.“ (s.37)

Typologie von 4 Arenen der Ungleichheit (37). „Unser Fokus liegt nicht so sehr darauf, wie Ungleichheit selbst entsteht und reproduziert wird, sondern wie über sie gestritten wird“ (S. 39).

„Ob eine Form der Ungleichheit ... zum Konfliktthema wird, ist nicht immer leicht vorherzusagen.“

„Konflikt bedarf der Unzufriedenheit oder moralischen Entrüstung, die sich regt“ (S. 43).

Typologisierung:

4 Konfliktarenen:

- Oben-Unten-Arena ist „geprägt durch verteilungs- und sozialpolitische Konflikte um ökonomische Güter und wohlfahrtsstaatliche Ansprüche“ (S. 47)
- Innen-Außen-Ungleichheiten: Migrations- und integrationspolitische Konflikte um Zugang und Mitgliedschaft (S. 48)
- Wir-Sie-Ungleichheiten: identitätspolitische Konflikte um Anerkennung und Antidiskriminierung. (48)
- Heute-Morgen-Ungleichheiten: ökologische Güter und Schädigungen.

	Oben-Unten-Ungleichheiten	Innen-Außen-Ungleichheiten	Wir-Sie-Ungleichheiten	Heute-Morgen-Ungleichheiten
Konflikttypen	Verteilungskonflikte	Zugehörigkeits- und Grenzkonflikte	Anerkennungskonflikte	Ökologische und Zeitkonflikte
Einsatz	Ressourcen, Ansprüche	Zugang, Mitgliedschaft	Rechte, Anerkennung	Umweltgüter, Zeit
Politikfelder	Sozial-, Verteilungs- und Steuerpolitik	Migrations- und Integrationspolitik	Gleichstellungs- und Anerkennungspolitik	Umwelt- und Klimapolitik
Triebkräfte	„Rückkehr der Ungleichheit“	Transnationalisierung, Migration	Wertewandel, Entkonventionalisierung	Klimakrise, fossile Produktion und Lebensweise
Kollektivbezug	Klassen und Schichten, Arme und Reiche	Inländer und Ausländer, Eingesessene und Migranten	Etablierte und Außenseiter	Verursacher und Betroffene
Bearbeitung	Umverteilung, Absicherung	Inklusion, Integration	Gleichstellung, Quoten, Normenwandel	Transformation, Nachhaltigkeit
Verteilungsbilanz	Nullsummenspiel	Unklar	Positivsummenspiel (aber Statusverluste möglich)	Negativsumme bei Nicht-Handeln, Zielkonflikte

Die Arenen ergaben sich aus „unseren empirischen Arbeiten“ und der Literatur zum Thema (S. 51).

Oben-Unten-Ungleichheiten

Zu ihr gehört traditionell auch die politische Unterscheidung zwischen links und rechts (S. 55). Oben-Unten-Konflikte können sowohl durch Umverteilung als auch durch „soziale Aufstiegsmobilität“ sozial moderiert werden (S. 55). Letztere können sie als gerechtfertigt erscheinen lassen, wobei Menschen auch den sozialen Abstieg erfahren können, was dem Mythos vom Aufstieg widerspricht und „gerade deshalb zu Enttäuschung und Frustration führen“ kann (S. 56).

Innen-Außen-Ungleichheiten

Konflikte drehen sich hier vor allem um den Grad der Offenheit und Geschlossenheit von Staaten (wer darf unter welchen Bedingungen etc. kommen ...?).

„In der historischen Rückschau lassen Staats- und Nationen Bildung als makrosoziale Prozesse der Schließung verstehen, die im Inneren eine gewisse Vereinheitlichung ermöglichten ... und nach Außen eine Trennung und Unterscheidung durchsetzten.“ (S. 57)

Die zwischenstaatlichen Ungleichheiten übersteigen die intrastaatlichen bei weitem (S. 58).

Die Definitionsmacht in der Innen-Außen-Arena liegt vor allem „bei denen, die schon da sind und sich als ‘Eingesessene’ betrachten“. (S. 58)

Wir-Sie-Ungleichheiten

Ausgangspunkt sind hier Selbst- und Fremdzuschreibungen, die als Anker und Marker für Ungleichbehandlungen genutzt werden. – z.B. Geschlecht, Herkunft, die anders als Bildung etc. nicht erworben sind (S. 60). Die „Wir-Sie-Konflikte rühren oft daher, dass gruppenspezifische Erfahrungen der Missachtung oder Diskriminierung mit Forderungen nach Anerkennung beantwortet und so die Trägerschichten der dominanten Kultur herausgefordert werden.“ (S. 60)

In der Verteilungsbilanz ein Positivsummenspiel, da sich Anerkennung prinzipiell vermehren lässt ohne anderen was abzunehmen.

„‘Identitätspolitik’, so das gängige und nicht unproblematische Label, bezeichnet Formen kollektiver Mobilisierung, bei denen aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten gemachte Abwertungs- oder Ausgrenzungserfahrungen zum Ausgangspunkt politischen Handelns werden.“ (S. 61)

„Progressive Politiken betonen oftmals den Eigenwert kultureller Diversität und machen Assimilation oder die Anpassung an Normalitätserwartungen nicht mehr zur Voraussetzung für Anerkennung. Stattdessen verbinden sie Gleichheit und Differenz und schätzen das ‘Andere’ auch in seiner Andersartigkeit“ (S. 61).

2 Ebenen identitätspolitischer Forderungen:

- Zum einen Erinnerung an das Gleichheitsversprechen der liberalen Demokratie.
- Weiter gehend dann die Kritik an den Institutionen selbst, wonach sie gar nicht universalistisch seien, sondern das Ergebnis einer patriarchalen, männlich-weißen Dominanzgesellschaft (S. 62).

Heute-Morgen-Ungleichheiten

Klimafrage ist hier von „herausgehobener Bedeutung“ (S. 62) Eine Ungleichheitsfrage ist das deshalb, weil sowohl Klimawandel wie auch Maßnahmen zu seiner Bewältigung „eng an die Frage der Verteilung von Lebenschancen geknüpft sind.“ (S. 62)

Welche unterschiedlichen Interessenslagerungen das sind, ist noch nicht abschließend klar. Aber global herrschen große Betroffenheitsunterschiede (S. 63).

Analysewerkzeuge

Empirische Hauptquellen: Daten aus dem eigenen Survey, Ergebnisse aus Fokusgruppen und wissenschaftliche Trendumfragen.

Zudem wird ein sog. Polarisierungsindex benutzt (S. 65) und das Klassenschema nach Daniel Oesch (S. 67)

3. Oben-Unten-Ungleichheiten

Nach den drei glorreichen Nachkriegsjahrzehnten mit hohem Wirtschaftswachstum und ausgeglichener Verteilung kam es in den 80ern in vielen westlichen Ländern zu einer 'Rückkehr der Ungleichheit' (S. 70). Die allerreichsten zogen davon, das Wachstum schwächelte und Sozialleistungen wurden abgebaut. Statt vom Fahrstuhl (Beck) war nun mehr von der Rolltreppe (Nachtwey) oder dem Paternoster die Rede (Reckwitz).

In D ist die Ungleichheit erst in den Nullerjahren stark angestiegen und verharnt seitdem auf hohem Niveau: 2021 besaß das reichste Zehntel fast 60% der Vermögen, die ärmere Hälfte nur knapp über 3%. Demnach wäre D heute eins der EU-Länder mit der größten Vermögensungleichheit – gleichauf mit Indien (S. 71)

Das wird zunehmend mit Unbehagen wahrgenommen: 80% stimmen der Aussage zu, die Einkommens- und Vermögensunterschiede in D seien zu groß (S. 71).

Gleichwohl hält sich die politische Diskussion darum in Grenzen, keine klassenkämpferischen Gegensätze (S. 72). Kämpfe um Gleichheit haben eine Flaute. Dafür sorgt eine „Reihe sozialer Prozesse“ – wie z.B. sozialstaatliche Befriedungsformeln (S. 72).

Klaus Dörre spricht von einer demobilisierten Klassengesellschaft, „*Der Kampf der Klassen wird von einer Konkurrenz der Statusgruppen und einem Wettbewerb der Individuen überlagert.*“ (S. 73)

Allgemein geht es in dieser Arena um die ungleiche Ressourcenverteilung und die damit verbundene Stellung in der Sozialstruktur (S. 73). Und diese Verteilung hängt „primär von *Märkten und Besitzverhältnissen*“ ab (S. 73). Die schon von KM beschriebene Logik des Kapitalismus bleibt hier gültig: eine Minderheit besitzt Firmen, Land und Rohstoffe, die Mehrheit muss ihre Arbeitskraft z Märkte tragen.

Und die Renditen aus Kapitalwachsen schneller als die Einkommen aus der Erwerbsarbeit, das zeigte Thomas Pickett in seinem Bestseller *Das Kapital im 21. Jh.* (S. 74). Reich genug, um allein von Kapitalerträgen und Mieten zu leben, war in D 2021 800000 Personen = das obere 1% (S. 74).

Auch der Marktwert verschiedener Qualifikationen spielt bei Oben-Unten-Ungleichheiten eine Rolle. So sind manche besser gestellt als andere, erhalten höhere Vergütungen.

In gewisser Weise spiegelt sich das auch in der Gesundheit wider: Im Schnitt sterben Arbeiter 6-5 Jahre früher als Beamte, Arbeiterinnen leben drei Jahre kürzer als Beamtinnen (S. 75)

Eine 'Klasse' wäre demnach eine Gruppe von Menschen, die eine ähnliche Position im kapitalistischen Gefüge innehaben und deshalb mit ähnlichen Realitäten konfrontiert sind. Wir erleben heute eine „Renaissance“ des Klassenbegriffs – z.B. im Begriff der Berufsklassen wie dem von Daniel Oesch (S. 76).

Damit soll aber nicht gesagt werden, dass es so was wie Klassenbewusstsein und Klassenkämpfe gibt (S. 76).

Die Zusammenschau der Meinungslandschaft in D zeigt, „dass die *Ungleichheitskritik* hier klar überwiegt“ (S. 77). Die Kritik umfasst dabei „Fragen der *Verteilung* ebenso wie solche der *Anerkennung*.“ (S. 77). „Die Kritik an der Ungleichheit wird klassenübergreifend geteilt und nicht nur 'von unten' getragen.“ (S. 79)

Die Auswertung der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage zeigen einen leichten „Anstieg der Ungleichheitskritik“. Die Veränderung ist aber „nicht dramatisch“ (S. 79). Nicht nur die objektive, auch die gefühlte Ungleichheit nimmt zu (S. 80): Man sieht heute gut angezogene Rentner, die Flaschen sammeln. Die früher solide Mittelschicht „schmilzt immer mehr“, so eine Teilnehmerin beim Essener Forum. (S. 81)

Eine Mehrheit in D sieht zwar die wachsende Ungleichheit, aber daraus ergibt sich „nicht unbedingt das Gefühl politischer Dringlichkeit“ (S. 82).

Der Grund: ***es gibt eine Gleichzeitigkeit von Unzufriedenheit mit der Ungleichheit und einer relativen Zufriedenheit mit der eigenen Lage*** (S. 82).

Wobei die unterschiedlichen Schichten unterschiedlich über Ungleichheit sprechen. Die mittleren und oberen arbeiten eher mit Prozentzahlen (quasi sehr distanziert), die unteren sprechen dagegen über eigene Erfahrungen mit Not (S. 84). Kein Wunder.

„Die wichtigste moderne Form der Legitimierung der Ungleichheit ist der Glaube an das Leistungsprinzip.“ (S. 85) Es erlaubt, Erfolg und Anstrengung gleichzusetzen. Oder wie Rentner Ruder es ausdrückt, der seine Rente mit Sozialhilfe aufstockt: „'Verdienen', das heißt ja, man muss es auch verdienen. ... Verdienen heißt ja, eine Gegenleistung dazu zu erbringen“ (S. 85).

= Ideal der Meritokratie. Bei der bundesweiten Befragung haben nur ¼ der Aussage widersprochen, dass jeder seines Glückes Schmied ist (S. 86).

Paradox: Lohnabhängige mit unterdurchschnittlichem Einkommen und begrenzten Arbeitsmarktchancen hängen dem Meritokratie-Versprechen am „stärksten an.“ (S. 87)
„Diese Akzeptanz der Leistungsgesellschaft ist zweifellos einer der wichtigsten Hemmschuhe politischer Mobilisierung für mehr Gleichheit.“ (S. 87)

Die Jüngeren sehen die Leistungsgesellschaft skeptischer: Sie akzeptieren zwar deren Regeln, sehen die Chancengleichheit aber kritischer. (S. 87)

Die schärfste Kritik richtet sich dabei gegen unverdienten Reichtum: Maßlose Gehälter von Managern etwa entsprechen demnach nicht dem, was sie leisten. Das Gleiche gilt für Erben und Unternehmer (S. 89).

„Wenn ich Leute sehe, die von Beruf Sohn sind. Reich geboren. Die dann damit auf die Kacke hauen, das geht nicht. Das ist scheiße.“ (S. 89)

Einige in den Foren tun die Kritik an Reichen aber auch als Neid-Debatte ab (S. 91)

Gesamtschau zeigt so ein widersprüchliches Bild: Einerseits ist der Unmut über unverdienten Reichtum weit verbreitet. Andererseits ist diese Kritik sozialstrukturell weniger ausdifferenziert als die sie bei einem Klassenkonflikt zu erwarten wäre (S. 92).

Wer über die Runden kommt, und an Chancengleichheit glaubt, hat wenig Anlass mit Nachdruck die Verteilungsfrage zu stellen (S. 92).

Wichtig in diesem Zusammenhang auch: Maßnahmen des Staates. Wohlfahrtsstaat als Mittel sozialer Schlichtung (S. 93): Er hob die Klassengegensätze zwar nicht auf, „er pazifizierte sie aber und lenkte sie in geregelte Bahnen.“ (S. 94) Auch die Untersuchungen der Autoren zeigten „einen anhaltend starken Rückhalt für den Sozialstaat“ (S. 94). 80-90% stimmen der Aussage zu, dass der Staat einen bei Krankheit und Not unterstützen sollte. Nur 68% (2008) bzw. 63% (2018) stimmten der Aussage zu, er solle Einkommen umverteilen (S. 95).

Der Wohlfahrtsstaat spielt also die Rolle eines Gelichmachers, eines Sicherheitsproduzenten (S. 95).

„Ungleichheitskritik scheint eher in Forderungen nach horizontaler Umverteilung (also Transfers über den Lebensverlauf) zu münden als in Forderungen nach vertikaler Umverteilung von Reich zu Arm.“ (S. 95)

Aber: Seit „den neunziger Jahren öffnet sich nicht nur die Ungleichheitsschere, auch die Ungleichheit wird als weniger gerecht empfunden. Dennoch kam es *nicht* zu mehr Umverteilungsforderungen“ (S. 96). Klassemäßige Entstrukturierung sozialer Präferenzen sowie eine relativ gute wirtschaftliche Lage und der Glaube an die Meritokratie zeichnen dafür wohl verantwortlich (S. 96).

Aber es gibt da Differenzen im Detail, die aber nicht reichen, eine klassenmäßige Frontstellung aufzuaddieren (S. 97).

So befeuert in den unteren Lagen „eine *moralisierte Konkurrenz um die Verdientheit von Ansprüchen* die Entsolidarisierung.“ (S. 97)

So lässt sich in den unteren Lagen oft eine Abgrenzung gegenüber Arbeitslosen und vermeintlichen Wirtschaftsmigranten feststellen (S. 97) = „die entscheidenden Sollbruchstellen der kollektiven Solidarität“ (S. 97).

Woran machen Menschen aber fest, wer Unterstützung verdient und wer nicht? „Die Forschung hat hier fünf zentrale Aspekte – die sog. CARIN-Kriterien (Control, Attitude, Reciprocity, Idency, and Need)- ausgemacht“ (S. 99):

1. Stellen Sie darauf ab, ob die Not nicht von den Empfängern selbst verursacht wurde,
2. Ob man von den Empfängern Dankbarkeit und Fügsamkeit erwarten kann,
3. Ob sie früher zur gesellschaftlichen Produktion was beigetragen haben,
4. Ob es soziale Ähnlichkeiten gibt,
5. Ob die Notlage plausibel bewertet wird (S. 99)

Diese Faktoren spielten auch bei der Umfrage der Autoren eine wichtige Rolle (S. 99). Der Aussage, Armut ist primär eine Frage der Motivation, stimmten 40% zu, bei Produktionsarbeitern sogar 50% (S. 99). Am wenigsten stimmten akademische Angestellte dieser Aussage zu (S. 100).

Zitiert werden auch gerne Bilder der sozialen Hängematte. Der Aussage, Langzeitarbeitslose sollten zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden, stimmten 70% zu (Produktionsarbeiter: 80%) (S. 101).

Der Fokus von Oben-Unten-Ungleichheiten wird so von der strukturellen auf die moralische Ebene verlagert (S. 101).

„In diesem Kontext scheinen ‚leistungslose‘ Transfereinkommen in den Augen derjenigen besonders skandalös, die für geringen Verdienst viel leisten müssen.“ (S. 102)

Der Schmarotzervorwurf dient so auch der Hervorhebung der eigenen, oft unerkannten Mühen.

Wie sieht es bei der Mittelklasse aus? „Durch Einkommensgewinne und soziale Sicherheit veränderte sich das Fundament, auf dem die Forderungen nach Ausgleich standen und stehen.“

Aus vielen ‚Proletariern‘ wurden durch die Erfolge des „sozialdemokratischen Zeitalters“ des umverteilenden Interventionsstaates „arrivierte Mittelschichtler“ (S. 103).

Hier wurden auch private Strategien der Vermögensbildung erreichbar und attraktiv. Statt sich auf die kollektive Umverteilung zu verlassen, „orientierten sich viele mehr und mehr auf ‚investive Statusarbeit.‘“ (S. 103)

Drei Aspekte werden hier gestreift: soziale Distanznahme, Skepsis gegenüber der Umverteilung durch Steuern und privatisierte Investitionsstrategien (S. 104).

- „Sozial empathisch – aber nicht betroffen“ = Formel für viele aus der oberen Mittelschicht (S. 104). Arme erscheinen aus dieser Perspektive auch als kulturell defizitär (S. 105).
- Die Skepsis der Umverteilung durch Steuern: Nein ich möchte nicht mehr Steuern zahlen, sagte eine Eventmanagerin. Weil ich schon sehr viel davon zahle. Empfundene steuerliche Überlastung führt so zur „Entsolidarisierung“ (S. 107).
- privatisierte Investitionsstrategien: auch sie können den umverteilenden Wohlfahrtsstaat schwächen. These 1: Mittelschicht wird sich hier stärker auf Anlage- und Finanzmärkten engagieren (S. 108). „In der Tat zeigt sich bei Kleinaktionären eine größere Umverteilungs- und Steuerskepsis.“ (S. 108) Private Altersvorsorge und Immobilienbesitz zeigen ähnliche Effekte.

Darüber hinaus hat es in der Politik Veränderungen geben: hin zur investiven Sozialpolitik (z.B. mehr Bildung), weg von der konsumptiven Intervention (S. 109). Mittelklassen bewerten

die investiven höher, Arbeiterklasse mehr die konsumtiven (S. 109). Aber bei der genauen Auswertung gab es keine Unterschiede: „Auf Vorfahrt für Bildung, so scheint es, könne nsich viele einigen.“ (S. 110)

Fazit: Die Mittelklassen unterstützen den Wohlfahrtsstaat weiterhin. Gleichwohl gibt es hier in bestimmten Kreisen auch eine „Skepsis, Distanznahme und Abwehr“ von mittelinken „Umverteilungsmaßnahmen.“ (S. 110)

„Gerade Forderungen nach einer Beteiligung durch Steuern treffen in der oberen Mittelchicht auf erhebliche Abwehr.“ (S. 110)

Demobilisierte Klassengesellschaft

Zu beobachten ist ein paradoxes Muster. Generelles Unbehagen an Ungleichheit kombiniert mit relativer Zufriedenheit mit der eigenen Lage (s. 111). Hier passt Klaus Dörres These von der „demobilisierten Klassengesellschaft“: Verlust von Macht durch abnehmende gewerkschaftliche Organisation (*die übrigens gerade wieder steigt, RK*), Zerfaserung von Milieus mit entsprechenden Spannungen (S. 111).

Studien zeigen „ein starkes Gefälle in den Durchsetzungschancen soziale Gruppen“ (S. 112): Politische Einflussnahme durch Bessergestellte, überproportionale Wahlabstinentz der bildungsfernen und einkommenschwachen Gruppen.

Linke Parteien ´müssen´ sich auf andere Wählergruppen, statushöhere stützen.

Ein ostdeutscher Berufsschullehrer: „Wir werden zugeschüttet mit jedem möglichen Scheiß, der uns interessieren soll. Aber das einen Großteil von jenen, die Arbeit leisten ..., halt schlecht geht und die in die Altersarmut kommen, das wird halt gar nicht ausreichend thematisiert ...“ (S. 113).

Vom Kampf der Klassen zur Konkurrenz der Individuen

Trotz der zunehmenden Ungleichverteilung „ist von einem Wiederaufbrechen offen ausgetragener Klassenkämpfe in Deutschland der Gegenwart wenig zu spüren.“ (S. 114)

Übersicht über die argumentativen Repertoires in der Oben-Unten-Arena:

Konsens herrscht hier, dass der Wohlfahrtsstaats eine wichtige sozialregulative Instanz ist, die Schere zwischen Arm und Reich aufklappt, das Leistungsprinzip gelten muss und es eine Unterscheidung zwischen verdienten und unverdienten Ansprüchen gibt. (S. 114f.)

Gegenläufige argumentative Repertoires gibt es bei der Einschätzung wie die Ungleichheit wahrgenommen wird, wie das Leistungsprinzip verankert ist (ob es also gerecht zugeht), wie der Reichtum verteilt ist, ob die Sozialansprüche gerecht oder als soziale Hängematte missbraucht werden und wie gerecht die Steuerlast verteilt ist. (S. 115)

4. Innen-Außen-Ungleichheiten

Im Sommer 2015 lag die AfD bei der Sonntagsfrage bei nur 4 % (S. 118). Ab Mitte Juli wuchs dann die Zahl der Flüchtlinge „noch einmal deutlich an“ (S. 118). Der lange Sommer der Migration begann. Ende August kam es zu ersten Ausschreitungen gegen Asylsuchende im sächsischen Heidenau. Danach brannten vielerorts Flüchtlingsunterkünfte. Die AfD profilierte sich als Sammelbecken für diese Proteste. Im September 2017 zog sie als stärkste Oppositionspartei in den Bundestag. (S. 119)

Nationalstaaten sind seit jeher mit Grenzbildungen und räumlichen Verankerung von Bevölkerungen verbunden. Es entstanden Gebilde mit Einfassungen (Grenzen), Insassen (Volk) und Ausgeschlossenen. „Das Bild des souveränen Nationalstaates und das Prinzip der kollektiven Selbstbestimmung sind heute leitend für die Vorstellung, dass ein Staat seine Grenzen schützen darf“ und dass die nationale politische Gemeinschaft entscheiden darf, wen sie einschließt (S. 120). = Containermodell

Grenzsicherungen

- richten sich 1. Auf den Schutz der Bevölkerung und der Institutionen gegen äußere Gefahren durch unerwünschte Grenzübertritte.
- 2. flankieren sie Formen der Identitätsbildung (S. 120)
- 3. Will der Staat durch sie sichern, dass Kollektivgüter nur den Mitgliedern zur Verfügung stehen. Die nationalen Erwartungen an die Wohlfahrts-Transferleistungen des Staates gelten nicht international. Es gibt keine Weltleistungsgesellschaft. Die Geburtslotterie „wird zur entscheidenden Weichenstellerin des Schicksals“ (S. 121).

„Migration stellt eine andauernde Herausforderung für das Containermodell dar ... Grenzen und Grenzkontrollen sind keine rein symbolischen Relikte der Vergangenheit, ... Von einer *Open-Border*-Politik sind wir weit entfernt.“ (S. 121)

In den aufnehmenden Ländern gibt da den Konflikt zwischen Kommunitaristen und Globalisten, also zwischen denen, die die Migration befürworten und denen, die sie eher ablehnen.

Lt. Literatur kommen die Kosmopoliten eher aus einkommensstarken gebildeten Gruppen (S. 122). Demnach reflektiert sich hier die Oben-Unten-Arena.

Frage: Zeigt sich über einen Zeitraum von fast 3 Jahrzehnten eher eine Tendenz zur wachsenden Offenheit oder eher zur Ablehnung? (S. 123)

Zur Beantwortung wurden Survey Daten genutzt.

„Überraschenderweise lässt sich ein Wandel in den von uns untersuchten thematischen Dimensionen kaum oder nur vereinzelt feststellen.“ (S. 123)

- „In Bezug auf den territorialen Zugang sind die Haltungen migrationsfreundlicher geworden“ (S. 123): Zuzug von MA aus Nicht-EU-Ländern stimmten 1991 11% zu, jetzt 19% (S. 124), Begrenzen und erlauben von 56% auf 69 %.
- Gleiche Anspruch von Ausländern auf soziale DL: hier bleibt der Wert konstant (S. 124)

Die eigenen Umfragedaten der Autoren geben ein gemischtes Bild: „Der *bedingten Inklusionsbereitschaft* der Mehrheit stehen die *markanten Schließungsinteressen* einer nennenswerten Minderheit gegenüber.“ (S. 126)

Will sagen: anerkennt der größte Teil der Bevölkerung Zuwanderung als ökonomisch notwendig und nützlich (58% und 60% als kulturelle Bereicherung). Andererseits „sehen wir aber große Vorbehalte, wenn es um die Zahl und Herkunft der Immigranten oder um das Konkurrenzverhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern geht.“ (S. 126)
Es gibt also „nennenswerte Schließungsinteressen in der Bevölkerung“ (S. 128).

„Die Vorstellung, Migration habe überhandgenommen und ‘zu viele’ Migranten seien nach Deutschland gekommen, wird von fast einem Drittel der Bevölkerung geteilt. ... Immerhin über 20 Prozent beklagen, sie würden sich durch Migration fremd im eigenen Land fühlen: Fremdländisch klingende Namen, eine größere Vielfalt kultureller und religiöser Praktiken im Stadtteil oder die Präsenz migrantisch gelesener Personen im öffentlichen Raum werden als problematisch wahrgenommen.“ (S. 128)

Etablierter Ansatz, um das zu erklären: Theorie des ethnischen Wettbewerbs um knappe Ressourcen: Die Eigengruppe wird bevorzugt. Dabei reicht eine rein ökonomisch schwache Position nicht aus, um Abwertungen und Bedrohungsgefühle zu erklären. Wichtig auch das Gefühl, ob es fair zugeht (S. 129)

Ähnlich beim Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Da gibt es einen Forschungskontext unter dem Label „Wohlfahrtschauvinismus“ (S. 129), wo es um Sicherungen gegen eine staatliche Umverteilung zugunsten der Zuwanderer geht. Das Argument: neue Gruppen tragen nichts/zu wenig zu deren Finanzierung bei, zudem würden falsche Anreize gesetzt (S. 129):

- 22% „unserer“ Befragten bejaht die Aussage, den Einheimischen kommt zu wenig zugute, weil zu viel für Migranten ausgegeben wird (S. 129)
- 65% stimmen dem Item zu, „nur Migranten, die sich anstrengen, sollen gleiche Rechte bekommen (S. 129)

Weit verbreitet in den unteren Schichten. Manchmal „wird auch von einem Arbeiterklassen-Wohlfahrtschauvinismus gesprochen.“ (S. 130) Auch in den Daten der Autoren sind vor allem Produktionsarbeiter und einfache Servicekräfte „migrationsspektischer“ während vor allem technische oder soziokulturelle Experten wie Ingenieurinnen und Lehrer mehr Offenheit zeigen.“ (S. 130)

45% der Produktionsarbeiter meinen, dass es in D zu viele Migranten gibt, nur 16 % der technischen Experten sehen das auch so (S. 131).

Allerdings es eine Überzeichnung, von einer rechten Arbeiterklasse zu reden. Es gibt da in den unteren Klassen einen „*Intraklassendissens*“, den es so in den oberen nicht gibt. (S. 131)

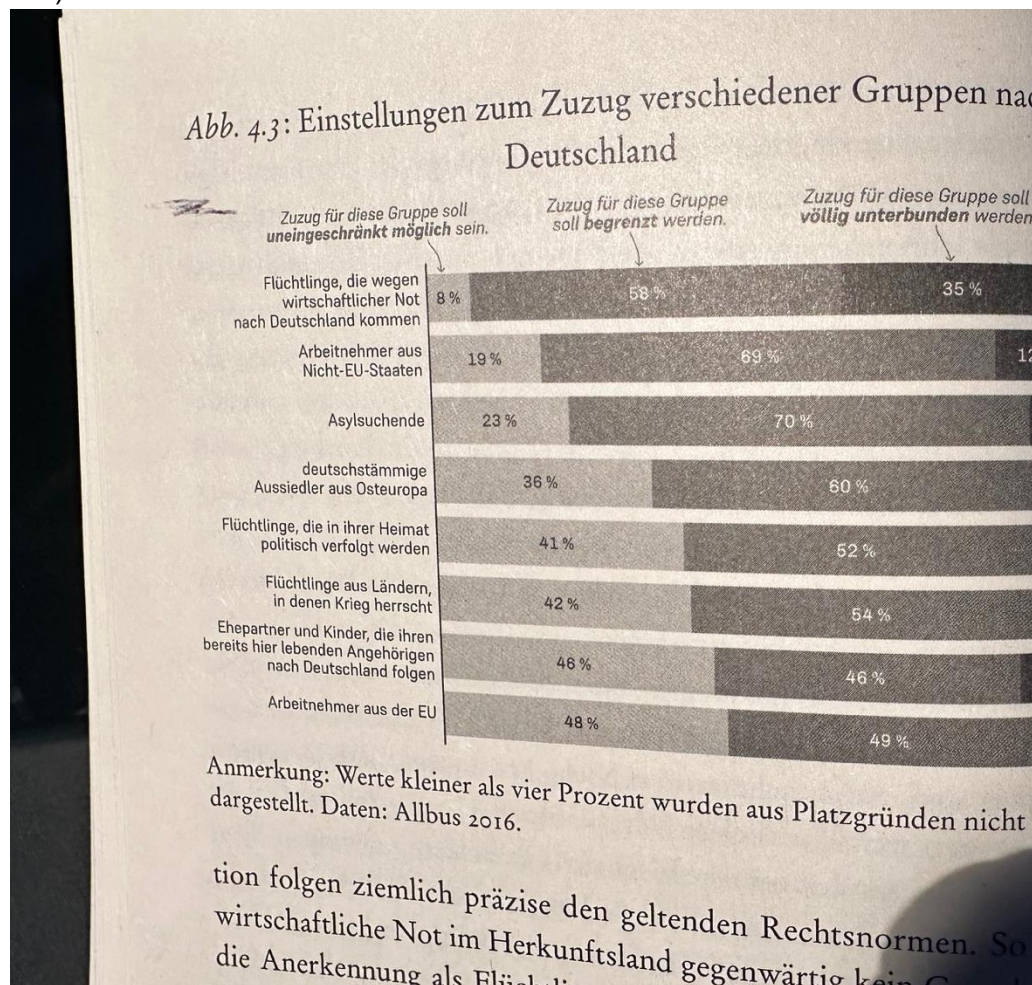
Ein anderer Ansatz erklärt die Arbeiterklasse aufgrund autoritärer Erziehungsstile für „intoleranter“ gegenüber ethnischer Vielfalt (S. 132).

„In Bezug auf Zuwanderung lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen, je nachdem, um welche Gruppen es sich handelt, welche Migrationsmotive vermutet werden und aus welcher Herkunftsregion und Kultur sie kommen.“ (S. 132) Menschen aus der Ukraine lehnen

70% eine Obergrenze ab. Gegenüber Flüchtlingen aus dem arabischen Raum und Afrika dagegen gibt es viel mehr Vorbehalte (S. 133) – die Obergrenze lehnen hier nur 40% ab.

Offenheit gibt es also vor allem dann, wenn kulturelle Ähnlichkeit unterstellt wird und Zuwanderungsgründe als legitim erscheinen (S. 133).

Die Allbus-Daten (2016 zeigen, dass Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten und Menschen, die wegen wirtschaftliche Not fliehen „zu den am skeptischsten betrachteten Gruppen“ zählen (S. 133) Grafik S. 134:



Stimmt die These, dass die Bevölkerung einwanderungsfreundlicher geworden ist, so müssten die folgenden Generationen aufgrund der Sozialisation weiter migrationsfreundlicher werden.

Tatsächlich blicken 16-29-Jährige „positiver auf das Thema“ (S. 134). „Unter ihnen denken nur 20 Prozent, dass es heutzutage zu viele Migranten in Deutschland gäbe. In der mittleren Altersgruppe ist der Wert fast doppelt so hoch.“ (S. 134f.)

„Dass die deutsche Kultur durch Migration bereichert wird, bejahen drei Viertel der jüngsten Befragten, aber nur gut die Hälfte der über 70-Jährigen.“ (S. 135)

Offt ist es aber nur die jüngste Gruppe, die sich durch größere Offenheit auszeichnet. „Es wäre also verfrüht und überzeichnet, hier von einem starken (oder gar kontinuierlichen) Generationswandel hin zu mehr Migrationsoffenheit zu sprechen, wie er durch die Theorie des Wertewandels nahegelegt wird.“ (S. 135)

Mithilfe welcher Begründungen wird die Migration abgelehnt oder befürwortet?

Wichtig: Extrempositionen (vollständige Schließung/Öffnung) wurden nur in Einzelfällen vertreten. (S. 136)

Zudem sprachen sich eigentlich alle über die Dissensgrenzen hinaus dafür aus, dass Migration zu steuern sei. Grundfigur war schließlich ein „Ja – aber“ einerseits und ein „Nein – aber“ andererseits.

Steuerbarkeit und Legitimität

„Ein zentraler Streitpunkt der Innen-Außen-Arena ist die Frage der *Steuerbarkeit* von Zuwanderung.“ (S. 137)

Metapher wie Überflutung werden hier gerne benutzt (S. 137). Man möchte keinen unkontrollierbaren Zustrom. (S. 138) Überforderungs- und Kontrollverlustängste wirken da im Hintergrund. (S. 138)

Die Gegenposition hebt die Steuerbarkeit von Migration hervor, und meint, Abschottung sei unmöglich. (S. 139) Wanderungen hat es schon immer gegeben, man brauche einen Kriterienkatalog wie in Kanada.

Und ein Deutschsyrier betont die Nächstenliebe und dass der Westen sich der Idee verschrieben habe, jedem Asylsuchenden Asyl zu gewähren. (S. 140)

Die Mehrheit der Skeptiker glauben, dass die meisten aus wirtschaftlichen Gründen ins Land kommen (S. 140).

Vor allem die Ankunft vieler junger Männer legt die Vermutung nahe, dass es ökonomische Gründe seien (S. 141).

Die Diskussion dreht sich zumeist darum, ob die Mehrheit der Einwanderer legitime oder illegitime Ansprüche hat. (S. 142f.)

Einen wirtschaftlichen Nutzen der Migranten sehen 45% der unteren Produktionsarbeiter, 75% der oberen und mittleren Manager. (S. 143)

Es dominiert das Bild, dass der Reichtum begrenzt ist und nicht zu Ungunsten der Inländer verteilt werden dürfe.

Einige sagen, dass Neuankömmlinge sich anders als die Alteingesessenen nicht hinten anstellen, sondern einfach vorne hinstellen und fordern (S. 144).

„Man kann in diesem Diskurs Fragmente eines ‚neoliberalen Nationalismus‘ erkennen, bei dem sich Leistungs- und Verdienstvorstellungen mit nationaler Schließung verbinden.“ (S. 145)

Nicht selten hier die Ansicht, wie seien nicht reich: „Wir sollten uns erst mal um unsere Leute kümmern.“ (S. 146)

Umgekehrt führt auch die andere, die inklusive Seite nicht selten ökonomische Gründe ins Feld: Migration als Abhilfe für den Fachkräftemangel. Migranten werden hier gerne als „überausgebeutete und hart arbeitende Beschäftigte dargestellt“ (S. 146).

Die Argumentationsstränge von Befürwortern und Kritikern klaffen also auseinander. Aber sie unterscheiden sich bereits in der grundlegenden Problembeschreibung. Für die einen ist Migration eine Belastung knapper Kollektivgüter. Für die anderen sind Migranten Opfer des hiesigen Wirtschaftssystems, von deren Ausbeutung Einheimische profitieren (S. 147).

Darüber hinaus spielen auch Gründe eine Rolle, die etwas mit kultureller Zugehörigkeit und Ähnlichkeit zu tun haben. Das illustriert die große Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Flüchtlingen im Vergleich zu denen aus Afrika und Arabien.

Die Migrationsoffenen betonen hier die kulturelle Bereicherung. Eine gewisse Aliyah. „ich finde es halt einfach positiv“ (S. 148). *(Was ja keine Begründung, sondern nur eine Bewertung ist, die für Aliyah als Begründung reicht)*

Migrationsoffene argumentieren hier immer gerne mit Einzelbeispielen geglückter Integration. „Liebenswürdigkeit, Höflichkeit, Sprachkenntnisse, Wohnform, Arbeit und Steuern fungieren hier als Zeichen kultureller Integration“ (S. 149).

Die andere Seite hebt dagegen Erlebnisse „kultureller Fremdheit und fehlenden Integrationswillen“ hervor (S. 149).

Interessant auch hier: wie stark sich viele migrationsoffene und -skeptische Diskurse in ihren *moralischen Bezugspunkten* ähneln (S. 150).

Die einen nennen hier immer positive, die anderen negative Beispiele/Erfahrungen.

Davon abweichen die sog. „radikalen multikulturalistischen Positionen, in denen Unterschiedlichkeit an sich als Wert hochgehalten oder Migranten von der Verpflichtung zur kulturellen Anpassung freigesprochen werden. Die Gruppe stellt aber „eine kleine Minderheit“ dar (S. 151).

Nicht ganz so gering ist die gegensätzliche Gruppe der radikalen Abgrenzung gegenüber den Migranten. Scharia, Clans und Parallelgesellschaften sind da die Schlagworte (S. 151). „Vor allem männliche Migranten erscheinen in diesen Schilderungen als Tyrannen“ (S. 152).

Weitgehend einig war man sich darin, dass die Aufnahme von Flüchtlingen ethisch geboten ist und Einwanderung wirtschaftlich nützlich sein kann, aber einer umsichtigen Steuerung bedarf. Konsens zudem darin, dass Ziel die Integration in Kultur und Arbeitsmarkt sein solle. (S. 154)

Unterschiede im wie und in der Skepsis, dass das Letztere zu schaffen sei (S. 153).

Dissens machen sich an der äußeren und inneren (Mitgliedschafts-)Grenze fest (S. Tabelle s. 154):

- Bei der äußeren Grenze geht es um Steuerbarkeit (Kontrollverlust vs. Regulierung von Strömen) und Legitimität (illegitime vs. legitime Migration) (S. 154)
- Bei der Inneren Grenze (Mitgliedschaftsgrenze) geht es um Ökonomie (Migranten als Fordernde vs. Beitragende), Kultur (Migranten als Fremde vs. als Bereicherung) und Verantwortung für Integration (Pflichten der Migranten vs. Pflichten der Aufnahmegesellschaft) (S. 154).

Die Diskussion zerfällt stark in Pro und Contra, ein eingespielter und polar zugespitzter Konflikt liegt hier vor (S. 156).

„Das Gros der Bevölkerung will gesteuerte und regulierte Migration, ist sich aber uneins darüber, wie liberal bzw. selektiv die Regulierung erfolgen sollte ... und welche Kriterien bei der Auswahl von Neuankömmlingen zählen sollten.“ (S. 156)

Die Einstellungen sind klassenstrukturiert: „Von den unteren Sprossen der sozialen Leiter blickt man skeptischer auf Migration als aus der gesellschaftlichen Beletage.“ (S. 156)
Wir haben hier aber keine *Klassenspaltung*, wohl aber eine *Klassenstrukturierung* (S. 157).

„Dennoch gilt – trotz der Wahlerfolge rechter Parteien und der Einwurzelung rechter Strukturen in vielen Städten und Gemeinden –, dass es keine allgemeine Drift in Richtung Migrationsfeindlichkeit gibt.“ (S. 157)

5. Wir-Sie-Ungleichheiten

„Die Sexualnormen ... zu erschüttern, heißt ... nicht mehr und nicht weniger als das Gesamtgefüge der Kultur angreifen.“ (S. 158) So H. Schelsky 1957 vor dem Bundesverfassungsgericht, vor das er als Gutachter geladen wurde als es um den §175 ging. „Das Gericht folgte Schelskys Argumentation und berief sich auch auf sein Gutachten, als es die Verfassungsbeschwerde abwies.“ (S. 158)

Der Paragraf sei nicht im Nazi-Gedankengut verankert, sondern in den ´sittlichen Anschauungen des Volkes´ (S. 159) Mehr als drei von vier befragten Deutschen hielten damals Homosexualität für eine Krankheit. Da hat es inzwischen einen „revolutionären Wandel“ gegeben (S. 159)

Gut 30 Jahre später drehten dann EU-Grundrechtecharta und deutsches Gleichbehandlungsgesetz die rechtliche Logik um und verboten diskriminierende Unterscheidungen wegen sexueller Orientierung (S. 159). Nur noch unter 10% halten Homosex. für eine Krankheit (S. 160).

„Toleranz, Diversität und Gleichbehandlung“ sind „zu Leitmotiven der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung geworden.“ (S. 160)

In der Wir/Sie-Arena wird darum gerungen, „was als ´normal´ und anerkennenswert gilt und was als *Abweichung* sanktioniert wird.“ (S. 160)

Dabei gibt es verschiedene Formen von Diskriminierung: stille Blicke, rechtlicher Ausschluss, Angriffe etc. (S. 160)

Es geht auch hier um „handfeste Ungleichheitskonflikte“ (S. 161): Ansehen, Ressourcen, Positionen.

Dabei sind auch Kategorisierungen, die sich an körperlichen Merkmalen festmachen, „das Produkt höchst komplexer“ sozialer Prozesse: „Menschen werden nicht als Mitglieder sozialer Gruppen geboren, sie werden erst zu Exemplaren sozialer Gebilde gemacht (S. 162).

„Kern“ von Rassismus, Homophobie und Sexismus „ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (S. 162).

„Tatsächlich drehen sich viele der lautesten und kompromisslosesten Auseinandersetzungen der Gegenwart zum Themen wie Diversität, Anerkennung und ‚Diskriminierung.‘“ (S 163)

„In der Öffentlichkeit werden all diese Konflikte unter dem Sammelbegriff Identitätspolitik verhandelt,“ der aber unpräzise ist, weil es nicht nur um die Aufwertung von Identitäten geht. Es geht oft auch um Verteilungskämpfe. (S. 163)

Von linker Seite wurde der identitätspolitische Ansatz oft stark kritisiert. Er erschwere den Blick auf breit geteilte soziale Probleme und erschwere den Aufbau politischer Koalitionen. (S. 164). „Der Rückzug auf das persönlich Erfahrene leiste einer Individualisierung und Psychologisierung Vorschub.“ (S. 164) Zudem sei oft nicht klar, „ob die Interessen der Aktivistinnen dieselben seien wie die der Bezugsgruppen, für die zu sprechen sei in Anspruch nehmen.“ (S. 164)

Auf der rechten Seite begeben sich „ironischerweise“ die Gegner von Diversität und Anerkennung „fast unweigerlich selbst ins Fahrwasser der Identitätspolitik. Denn in der Abwehr der Gleichheitsansprüche der Außenseitergruppen „treten auch die Etablierten als partikulare Gruppe – Weiße, Männer, ... Vertreter deutscher Leitkultur etc. – in Erscheinung. Ihr Anspruch, das Allgemeininteresse zu vertreten, wird dadurch brüchig.“ (S. 165)

Einerseits: findet auf den ersten Blick in der Bevölkerung eine recht große Zustimmung zu einer vielfältigere und bunter werdenden Gesellschaft statt (S. 167).

Andererseits gibt es noch ein „ernstzunehmendes Reservoir abwertender bis menschenfeindlicher Gesinnungen“ (S. 167). In der Leipziger Autoritarismus-Studie bejahten 8%, dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien (S. 167).

Auch bei den Geschlechterverhältnissen halten sich weiter abwertende Haltungen. Aber der Wertewandel ist hier offensichtlich: offene Abwertung nimmt ab, die Anzahl gleichgeschlechtlicher Ehen ist gestiegen etc. (S. 168).

2000 wollten 13 % der Befragten Homosexualität noch verbieten, heute würde wohl kein Institut mehr auf die Idee kommen, solch eine Frage zu stellen.

1990 hielten 30% Homosexualität für in Ordnung, heute sind es ca. 60% (S. 169)

Auch die eigenen Daten der Autoren bestätigen diese Tendenz: „Themen, an denen sich Konservative und Progressive lange gerieben haben, sind längst keine großen Streitpunkte mehr.“ (S. 170)

- Über 80% finden es gut, dass Ehen Gleichgeschlechtlicher möglich sind (16% dagegen) (S. 170).

- 84% meinen, dass Menschen die ihr Geschlecht ändern, als normal anzusehen sind
- Homosexualität als Thema in der Schule bejahen 64%

Sehr unterschiedlich sind allerdings die Wahrnehmungen von Diskriminierung zwischen z.B. der Mehrheit und betroffenen Minderheiten. Stellenweise wird „Übersensibilität“ unterstellt (S. 173).

Eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit den Kategorien prägt diese Arena so sehr wie keine andere. Sie zeigt den „radikalen Wandel im geschlechtlich-sexuellen Bezugssystem“ (S. 175). Unsicherheit auch beim Benutzen des Wortes „normal“.

„Die Normen der rechtlichen Gleichstellung, der Nicht-Diskriminierung ... gegenüber sexueller Vielfalt sind in Deutschland breit geteilter Konsens und keine Punkte, an denen sich die Gesellschaft im Sinne eines Kulturkampfes spaltet.“ (S. 176)

Es geht vielmehr nur noch darum, „wo die *Grenzen* der Erlaubnistoleranz liegen“ (S. 176) So gaben 2017 38% der Deutschen an, dass es ihnen unangenehm sei, wenn sich Männer in der Öffentlichkeit küssen, 40% wäre es nicht recht, wenn ihr Sohn sich als schwul outete (S. 177). Ein subtiles Unbehagen am Fremden kommt da zur Geltung.

Allerdings bleibt die Ablehnung öffentlicher Anerkennung „eine Quelle für scharfe Kontroversen“ (S. 178) Ein Drittel sind gegen übertriebene sexuelle Toleranz.

„Das öffentliche Feiern von Diversität erscheint als ungebührliche Privilegierung einer partikularen Gruppe.“ Eine Erzieherin Das ist widersprüchlich, die wollen Gleichberechtigung und fordern dann eigene Zeiten zum Schwimmen (S. 179).

Eine „Art Schuldumkehr“: das Auftreten erzeugt die Intoleranz (S. 179).

Es gibt als eine begrenzte Duldungsbereitschaft der Mehrheit und eine Relativierung der Diskriminierung bei der Mehrheit.

In konkreten Diskussionen dieser Arena steht aber zumeist die Perspektive der Betroffenen im Vordergrund (S. 181).

Erfahrung einer Deutschitalienerin: „wenn die Leute glauben, so vom Aussehen, ich wär türkisch, dann ist man mir gegenüber eher abgewandt. Und wenn ich dan sage, ´Ich komm ja aus Italien´, dann heißt es, ´Ah, aus Italien! Ja, lecker. Toll“, und dann sind wir auf einmal Best Friends.“ (S. 182)

„Die progressive Erweiterung der Erlaubnistoleranz lässt sich mit Rainer Forst als *Respekttoleranz* bezeichnen. Hier geht es nicht bloß darum, Abweichungen zu dulden. Stattdessen werden andere als ´autonome Autoren ihres eigenen Lebens´ und moralisch und ethisch Gleiche anerkannt.“ (S. 183)

Vielfalt wird hier als Bereicherung in einer fortschrittlichen Gesellschaft angesehen.

Umfrage zeigt, dass viele Maßnahmen (z.B. Umbenennung von Straßennamen, Geschlechterquoten, gendergerechte Sprache etc.) von der Mehrheit abgelehnt werden und

einen hohen Polarisierungsgrad aufweisen (S. 186). Geschlechterquoten weisen den höchsten Polarisierungsgrad auf und werden von 56% abgelehnt (S. 186f.)

Ironisierend schlägt ein gewisser Rüdiger Quoten für Dachdecker und Gerüstbauer vor, „da gibt es auch zu wenig Frauen“ (S. 188).

Auch kontrovers: das Ummodelln der Sprache. Vor allem das generische Maskulinum steht da oft im Mittelpunkt. „Geschlechtergerechte Sprache gilt als spaltendes Thema, das sowohl bei Befürwortern wie auch bei Gegnerinnen leidenschaftliche Reaktionen hervorruft.“ (S. 189)

Interessant, dass die geforderten Verhaltensänderungen als „zutiefst unnatürlich, weil sie Konventionen obsolet machen, die von den Sprechenden beherrscht und so als symbolisches Eigentum verstanden werden (‘mein Deutsch’)“ (S. 190).

Hier tauchen wieder viele weitere Konflikthaspekte auf: „die Irrational über Begriffsneuerungen, die Wahrnehmung einer zu Unrecht in die Öffentlichkeit gezerrten Thematik sowie die Abwehr ‘übertriebener’ Forderungen. „Zentral ist das Gefühl, bei der Bestimmung von Diskriminierung würden willkürliche Maßstäbe angewendet.“ (S. 191)

Die andere Seite sieht die Natürlichkeit als „Symptom von Herrschaft“ (S. 192).

Sehr schön Birgit, einer Angestellten aus einem Berliner Vorort. Für sie „besteht der eigentliche Rassismus darin, dass bestimmte Begriffe als beleidigend wahrgenommen werden: „Das Schlimme ist, *die* denken ja so. Weil sonst würden sie sich ja nicht so‘ne Gedanken machen.“ D.h. die eigentlichen Rassisten sind die, die den anderen Rassismus vorwerfen! (S. 193)

Und der alte weiße Mann Torsten fühlt sich auch diskriminiert, wenn man sag „Alte weiße Männer beherrschen die Welt“ (S. 193). „Diskriminierung endet, so die implizite Annahme., wo nicht mehr über Unterschiede gesprochen wird.“

(Scheint mir zu kurz gegriffen. Torsten sagt ja nur, dass der, der sich diskriminiert fühlt, ebenfalls diskriminiert, wenn er eine andere Gruppe pauschal zusammenfasst und negativ verurteilt, d.h. diskriminiert. Anders: wenn ich nicht sagen darf, DIE Türken oder DIE Schwarzen, dann dürfen Türken und Schwarze nicht „DIE Weißen ...“ sagen. Entweder dürfen alle unterscheiden oder keiner!)

Des Weiteren schaffen die neuen sprachlichen Normen (Genderstern etc.), die von einer akademisch geprägten Identitätsdiskussion in den allgemeinen Sprachgebrauch eingebracht werden, sowohl sprachliche Inklusion als auch soziale Hierarchisierung = exklusive Inklusivität (S. 194f.).

Ganz allgemein trifft die gendergerechte Sprache in der Bevölkerung auf große Vorbehalte: nur 28% der Befragten bejahen sie (S. 195). 56% lehnen sie ab. Wobei das Verwenden von männl. Und weibl. Form überwiegend bejaht wird. Die „Benutzung von Symbolen wie Sternchen ... hingegen nicht. „Selbst Frauen in Wissensberufen sehen die Rolle der

gengerechten Sprache zumindest in unserer Item-Formulierung mehrheitlich skeptisch.“ (S. 195) Es gibt hier keine Klassenunterschiede.

Spielt der generationelle Wertewandel eine Rolle?

Nein gibt es nicht: „Selbst bei den Hochbegabten über 70 weichen die Antwortmuster nicht wesentlich von der Altersgruppe zwischen 16 und 29 Jahren ab“ (S. 196)

Auch einen Geschlechtsunterschied gibt es nicht wirklich: Fast 50 % der Frauen lehnen genderechte Sprache ab (S. 196). Nur knapp ein Drittel schreibt ihr eine wichtige Bedeutung zu.

In „keiner Gruppe findet sich eine Mehrheit, die die genderechte Sprache als wichtigen Beitrag für Gleichstellung betrachtet.“ (S. 196)

Bzgl. „der meisten grundlegenden Fragen rund um Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung sind die Unterschiede zwischen Klassen und Bildungsgruppen überschaubar.“ (S. 196)

„Auch unter Arbeiterinnen und Arbeiter sprechen sich große Mehrheiten für Gleichstellung und Anerkennung aus.“ (S. 197)

73% der Produktionsarbeiter befürworten die Anerkennung von Transpersonen und die Ehe für alle, bei den soziokulturellen Experten sind es 91 bzw. 88% (S. 197).

„Wir können davon ausgehen, dass normative Diffusionsprozesse inzwischen so weit fortgeschritten sind, dass sich Unterschiede zwischen Bildungs- und Statusgruppen zunehmend nivellieren.“ (S. 197)

Zwar gibt es Unterschiede, aber keinen grundsätzlichen Armer-Weißer-Chauvinismus. Weiter auseinander liegen die Klassen nur, „wenn es darum geht, ob Vielfalt und Andersartigkeit öffentlich zelebriert und ihre Diskriminierung politisiert werden sollten. Das halten 43% der Produktionsarbeiter für überzogen, dagegen nur 17% der intellektuellen Experten. (S. 198)

Konfliktpotenzial existiert also weniger in allgemeinen Fragen der Akzeptanz als vielmehr „im Hinblick auf die öffentliche Sichtbarkeit und auf Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Anerkennung.“ (S. 198)

Die Autoren sehen hier Vorzeichen einer Gesellschaft, „die sich durchweg ... liberalisiert“ (S. 199).

„Einigkeit besteht über die grundlegende Akzeptanz von Diversität und die Ablehnung von Diskriminierung ... Uneinigkeit besteht hingegen darüber, wie weitverbreitet Diskriminierung heute noch ist, inwieweit es sich dabei um ein öffentlich-politisches Problem handelt“ und was für die Anerkennung als 'Normale' an die betroffenen Minderheiten gestellt werden sollten (S. 199). Muss also das Zusammenleben noch grundlegend reformiert werden oder handelt es sich mehr um individuelle Reste einer weitgehend überwundenen Intoleranz (S. 200)? Das sind die beiden Positionen, die sich in D in der Wir-Sie-Arena gegenüberstehen. Die einen sehen die Diskriminierung noch tief in den Denkmustern verankert, die anderen sehen die Anerkennung als sehr weit fortgeschritten an und halten weitere Forderungen sowie Diagnosen struktureller Diskriminierung für überzogen (S. 201).

Fazit: Der Trend in Richtung Gleichstellung und Nichtdiskriminierung findet „erhebliche Akzeptanz in der Bevölkerung“, wobei Vorurteile fortbestehen. Die Akzeptanz ist dabei „keine klar zurechenbare Klassenfrage, in der eine rassistische, homophobe und chauvinistische Arbeiterkultur einer diversitätsfreundlichen kulturellen Mittelklasse gegenübersteht.“ (S. 202)

Unterschiede gibt es vor allem auf einer „zweiten Eben“, wo es nur um Duldung oder um Respekt und Wertschätzung des Anderen geht (S. 203). So fühlen sich einige Gruppen durch die Anerkennung marginalisierter Gruppen in der eigenen Identität bedroht, was in der Warnung vor ´überzogenen Ansprüchen´ zum Ausdruck komme.

Gleichwohl: „Der Trend läuft in Richtung einer zunehmend kritischeren Betrachtung einstmals weithin akzeptierter Formen der Diskriminierung.

6. Heute-Morgen-Ungleichheiten

Im November 2017 protestierten in Frankreich die Gelbwesten. Der Unmut richtete sich gegen eine – auch ökologisch begründete – Erhöhung der Steuer auf Benzin und Diesel. Am 20.11. organisierten erstmals mehrere Hundert Brüsseler Schüler den freitäglichen Klimastreik (S. 205). Als Fridays for Future wurde die Bewegung bald weltbekannt. 2019 beteiligten sich 1,8 Mio. Menschen an einem global koordinierten Protesttag. Man beruft sich dabei auf wissenschaftliche Kennzahlen „sowie ein ganzes Arsenal beunruhigender Statistiken“ (S. 205).

Beide Bewegungen stehen sinnbildlich für die teils konträren Positionen in der ökologischen Arena (S. 206) Wobei die bei den ersteren in der Regel nicht der Klimaschutz, sondern der Eindruck kritisiert wird, dass er auf Kosten der kleinen Leute stattfindet (S. 206).

Tatsächlich ist der ökologische Fußabdruck sozialer Statusgruppen sehr unterschiedlich: „je höher der Status, desto größer ist der ökologische Fußabdruck. Hierin liegt ein wichtiger Nexus von Ungleichheit und Klimapolitik.“ (S. 207)

„In Europa ... emittieren die unteren 50 Prozent der Einkommensverteilung pro Kopf jährlich etwa fünf Tonnen CO₂, während die obersten 10 Prozent auf 27 Tonnen kommen“ (S. 207).

Deshalb müssen sich die Ärmeren in Europa kaum umstellen, um die Klimaziele zu erreichen.

Und weltweit verursachen nur 10% der Weltbevölkerung 50% der globalen Emissionen. China und die USA sind für 44% verantwortlich (S. 208).

Frage: spitzen sich die Heute-Morgen-Konflikte derzeit tatsächlich zu und polarisieren sie die BRD? (S. 211)

Nicht wirklich. Denn: im Zeitverlauf historischer Umfragen waren Umweltsorgen in den 90ern prominenter vertreten als heute (S. 211). Damals ging es um atomare Versuchung, sauren Regen und das Ozonloch. Die Grünen konsolidierten sich als ernst zu nehmende politische Gruppe, FCKW-haltige Kühlschränke und Spraydosen wurde ebenso der Kampf angesagt wie AKWs und Autos ohne Katalysator.

Der Problemfokus lag aber primär auf dem lokalen und nationalen Beriche (S. 211)

Mit der Erholung der Ozonschicht und dem Ausbleiben der Ökokatastrophe klärte sich die Stimmung wieder auf: Zu Beginn der 2000er „machte sich nur noch etwa ein Viertel der Bevölkerung große Sorgen um die Umwelt“. Erst seit 2016 steigt das Sorgenbarometer wieder. Und erreichte 2019 wieder ungefähr das Niveau von Anfang der 90er (S. 211). Auch die Bereitschaft, einen Teil des Einkommens dafür zu opfern stieg entsprechend. „Das Umweltbewusstsein nimmt zwar zu, wir sehen aber auch Fluktuationen und Fragmentierungen; zugleich spielen außergewöhnliche Klimaereignisse oder Umweltkatastrophen eine große Rolle.“ (S. 212)

„In den vergangenen Jahren sind die Aussichten düsterer, der Problemfokus internationaler und der zeitliche Handlungshorizont kürzer geworden. ... Die Wissenschaft schlägt Alarm.“
(Ich glaube, das ist der Hauptunterschied zu früher, denn da gab es auch schon Extremwetter ohne Ende, Endzeitstimmung war damals aber nur im Kino ein Dauerrenner)

Eigene Befragung zeigt: Klimawandel dominiert heute als Thema: 20% sehen es als wichtiges, 70% als sehr wichtiges politisches Thema an (S. 212). Nur 13% sind hier nicht besorgt (S. 213).

Allerdings gibt es hier zumindest einen „*wahrgenommenen Klimadissens*“, denn nur eine kleine Minderheit sieht hier keine Konflikte. (S. 214)

Die Konflikte drehen sich weniger darum, ob Umwelt- und Klimaschutz nötig sind, sondern darum, „*wie, wo und bei wem* die Transformation ansetzen soll.“ (S. 214)

Insbesondere beim Tempo variieren die Polarisierungsgrade je nach Perspektive. 40% sind der Meinung, das D schon viel für den Klimawandel getan habe, und nun andere Länder erst einmal nachziehen müssten. Hier ist der Polarisierungsgrad mit 0,51 am größten (S. 215).

Schon frühere Studien haben gezeigt: „Wer sorgenvoll in seine ökonomische Zukunft sieht, neigt eher dazu, den Klimawandel als weniger dringlich zu sehen. Unsere Daten bestätigen dieses Muster. Das niedrigste Besorgnisniveau findet sich bei den Produktionsarbeitern (63%), das höchste bei soziokulturellen Experten (83%) (S. 216).

Aber in allen Klassen blickt die Mehrheit sorgenvoll auf den Klimawandel. „Das Umweltbewusstsein ist durch die Schichten diffundiert.“ (S. 216)

Vor allen die unteren Einkommensgruppen wollen hier keine Einkommenseinbußen hinnehmen. Die Priorisierung des Klimawandels gefährde den Wohlstand meinen 51% der Produktionsarbeiter und nur 19% der techn. Experten. (S. 217)

Viele Sprecher der Klimabewegung sind ziemlich jung. Die Klimafrage könnte so einen „*generationellen Bruch*“ markieren. Zudem wählt die Jugend deutlich grüner als die Alten. Allein: „Eine Generationenkluft im Klimabewusstsein lässt sich mit unseren Daten nicht belegen.“ (S. 217) Im Gegenteil: die älteren Kohorten äußern sogar größere Ängste als die jüngeren (S. 217).

85% der über 70-Jährigen machen sich wegen des Klimawandels große Sorgen, 76% der 50-59-Jährigen und nur 62% der 16-29-Jährigen (S. 217f.)

Unterschiede gibt es bei Ausmaß und Tempo der Veränderung (S. 218). Die Älteren sehen mehr Risiken bei der radikalen Umstellung unserer Wirtschaft und meinen, andere Länder müssten erst nachziehen.

Zudem gibt es Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen prosperierenden und kriselnden Gegenden (S. 218)

Daraus ergibt sich in D aber kein klares Gegeneinander. Aber: „Unter der Oberfläche einer gesellschaftlich geteilten Sorge um die Erderwärmung liegen stark auseinanderlaufende Verantwortungen, Betroffenheiten und Interessen, welche die Basis für einen intensivierten Konflikt entlang von Klassenzugehörigkeiten darstellen können.“ (S. 219)

„Unsere Grundannahme lautet, dass sich die ökologische Frage zunehmend als Klassenfrage stellen wird“ es ist eine „*Klassenfrage im Werden.*“ (S. 220)

1. Ist der Klimawandel zwar menschengemacht, aber es gibt bedeutende Unterschiede bei seiner Verursachung. Hier klafft ein Spalt zwischen Arm und Reich- national und global (S. 220).
2. Auch die Betroffenheit ist ungleich verteilt: international, generationsmäßig etc.
3. Der Umbau hat sozioökonomische Transformationskosten zur Folge. Alltägliche Dinge werden vielleicht teuer, weil ökologische Kosten eingepreist werden. Diese Kosten schlagen klassenspezifisch durch.
4. Gibt es vielleicht „symbolische Kämpfe zwischen den Statusgruppen“ um nachhaltige Lebensstile (S. 220).

Zu 1.: der ökologische Fußabdruck von Klassen und Nationen

Wer reicher ist, bewohnt zumeist größere Häuser, hat größere Wohnungen, fährt größere Autos etc. Was ein Mehrverbrauch an Energie und höhere Emissionen bedeutet. (221) Der Zusammenhang wird auch durch umweltbewusstes Verhalten nicht aufgehoben.

Dieser Konfliktstoff wird bislang aber nur erst ansatzweise politisiert. Das gilt auch für die Fokusgruppen des Autorenteam.

Problematisch wird es in den Fokusgruppen besonders bei Aktionen, die vor allem Superreichen vorbehalten sind: Superjachten, Privatjets etc.

Auch sollte D bei dem geringen Beitrag zur CO₂-Belastung nicht weiter vordringen (S. 223). Der Umwelt helfe das nicht viel, D schaden würde das aber schon sehr. Besonders bei der Aussage, erst sollten mal andere Länder in Vorleistung treten, gibt es lt. Eigenem Survey Klassenunterschiede (S. 225).

Zu 2. Ungleiche Betroffenheiten

Effekte globaler Erhitzung sind für marginalisierte und verarmte Gruppen „extremer“ (S. 226). Das gilt auch für die Ärmere in reichen Ländern wie D. So leiden sie im Falle von Flutkatastrophen stärker (S. 227). Ihre prekäre Lage verfestigt sich dadurch.

Die ungleiche Betroffenheit spielte in den Betroffenenengruppen der Autoren keine Rolle (S. 227).

„Der zentrale Punkt, an dem die Verflechtungen von Klimapolitik und Ungleichheit intensiv und kontrovers verhandelt werden, ist die reale oder befürchtete ungleiche Verteilung der *Transformationslasten*.“ (S. 228)

Gerechte Lastenverteilung steht im engen Kontext mit Ängsten vor Wohlstandsverlusten (S. 229).

Folgenreiche Weggabelung: Während für die einen die Furcht vor den Folgen des Klimawandels dominiert, ist bei den anderen die Furcht vor den Folgen der Klimaschutzmaßnahmen (S. 229)

Über die Hälfte der Arbeiterschaft befürchtet Wohlstandsverluste, aber nur ein Viertel der Akademiker tut das auch (S. 229).

„Divergierende Wahrnehmungen der Hauptgefahren sind dabei auch mit einer jeweils anderen zeitlichen Logik der klimapolitischen Argumentation verbunden.“ (S. 230)

Gerade die Schnelligkeit der Maßnahmen wird von vielen als Bedrohung empfunden (S. 231)

„Die Asymmetrie zwischen unmittelbar fassbaren Kosten und dem eher abstrakten Nutzen zukünftig vermiedener Schäden wiegt vor allem für jene Bevölkerungsgruppen, schwer, die zum Beispiel Schwierigkeiten haben, die Miete zu bezahlen“ (S. 232).

„Klimapolitik erscheint hier als Bedrohung eines ohnehin prekären Lebensstandards, wird sie nicht dezidiert an Umverteilung oder eine Sicherung des sozialen Standards geknüpft.“ (S. 233) Der Verwaltungsbeamte Walter: „Über den Preis werden immer genau die Leute gegriffen, die besonders leiden.“ (S. 233)

„Vor allem die unteren Statusgruppen pochen auf einen Vorrang des Sozialen vor dem Ökologischen“ (S. 233).

Die Aussage „Wer mehr hat, der darf auch mehr für die Umwelt tun“ findet klassenübergreifend Mehrheiten. (S. 234)

Die Ungleichheitskonflikte in dieser Arena drehen sich aber nicht nur um materielle Unterschiede, sondern auch um unterschiedliche Lebensstile (S. 234).

Ganz zentral bei den Debatten um den Fleischkonsum, Eigenheim der Kleinfamilie, PS-Stärke des Autos etc.

„Gerade in der Arbeiterschaft, so ein Ergebnis unserer Umfrage, denken viele, der Aufruf zu einem umweltbewussten Leben beachte die Situation armer Menschen zu wenig.“ (S. 235)

„Zudem betrachten fast 40 Prozent der Produktionsarbeiter die Forderung nach einem umweltbewussten Leben als Zumutung.“ (S. 235)

Die Mittelklasse definiert die Meisterung der Klimakrise über den Konsum – d.h. über den Lebensstil, die Arbeiterklasse mehr über die Finanzierbarkeit (S. 235). Dieser „Aufladung des Lebensstils“ wird von den Mitgliedern der Unterschicht „eine klare Absage erteilt“ (S. 236).

Weiteres Charakteristikum der moralischen Ökologie der Akademiker: „die Vorstellung, dass vor allem *Bewusstsein*, Reflexivität und der Kampf um die richtigen Ideen entscheidend seien.“ (S. 237) Managerin Chiara: „Ich esse bewusst. Ich kaufe bewusst ein“ (S. 238)

Das läuft aber Gefahr, „an gänzlich anders gelagerten Ökologien der restlichen Bevölkerung vorbeizureden.“ (S. 238) Hier ist oft die Finanzierbarkeit viel wichtiger. Da kann es auch zu einer zugespitzten Reaktanz kommen: Jetzt erst recht, ich brauche mein Steak.

„Anhand unseres empirischen Materials könne wir zeigen, dass das oft gezeichnete Bild eines Gegeninaner zwischen Klimaskeptikern und Klimabesorgten ebenso wenig die soziale und politische Realität dieser Arena spiegelt wie die pauschalen Annahmen einer Frontstellung zwischen Nachhaltigen und Menschen mit fossiler Gesinnung. Solche Schubladisierungen erweisen sich als bloße Karikaturen. Tatsächlich lässt klar erkennen, dass *Sorgen um die Umwelt* in der Breite der Bevölkerung angekommen sind und bei der großen Mehrheit zum Common Sense gehören.“ (S. 239f.)

Weitgehende Einigkeit besteht grundsätzlich darüber, dass es notwendig ist, im Rahmen des jeweils Möglichen ein *nachhaltigeres Leben* anzustreben und dass Klimaschutz mit *sozialem Ausgleich*“ für Ärmere einhergehen sollte (S. 240).

Deshalb sind in D Klimakonflikte weniger „Zielkonflikte im Absoluten denn *Zeitkonflikte*.“ (S. 240)

Während die einen mehr die Klimafolgen betonen, betonen die anderen mehr die Transformationskosten.

Konsens:

- Sorge um Klimawandel, kein Klimaleugnen.
- Notwendigkeit nachhaltigeren Lebens.
- Notwendigkeit sozialen Ausgleichs

Dissens

Problemwahrnehmung:

Primäre Gefahr	Folgen des Klimawandels	Folgen der Transformation
Gerechtigkeitsbezug	Betroffene des Klimawandels	Betroffene der Transformation

Zeitbezug:

Zeitlichkeit	Zu langsam	Zu schnell
Rolle D's	Zu wenig	Schon viel

Konsequenzen

Indiv. Spielräume	Weite Spielräume	Begrenzte Spielräume
Ethos	Freiwilliger Verzicht Wollen, können	Bedrohte Wahlfreiheit Nicht müssen, dürfen

Ungleichheitsfragen werden vor allem dann virulent, wenn um ungleiche Transformationskosten gerungen wird (S. 242).

„Ökologische Belange können somit als Konfliktfeld *sui generis* gelten, das zentral durch Zeitfragen und soziale Ungleichheiten in der Verteilung von Transformationslasten strukturiert ist“ (S. 243).

Kann sein, dass es gerade diese Transformationslasten sind, an denen sich knifflig neue 'ökologische Klassen' bilden (S. 243).

Gelingen kann das alles nur, wenn die Angst um das Ende der Welt auch die Angst vor dem Ende der Zahlungsfähigkeit berücksichtigt.

7. Triggerpunkte

Streitpunkte der Ungleichheitsarenen werden (heute) auf eine Weise zugespitzt, „die Menschen zu sehr vehementen, gegensätzlichen und oft auch stark emotionalen Positionierungen veranlasst.“ (S. 244)

„Während sich ein sehr großer Anteil der Bevölkerung darauf einigen kann, dass sexuelle Minderheiten in Frieden leben sollen, dass der Klimawandel besorgniserregend ist und dass der Staat für gerechten Ausgleich sorgen muss, gehen die Meinungen deutlich auseinander, wenn es stärker 'ans Eingemachte' geht,“ weil z.B. Konsequenzen für das eigene Leben sichtbar werden (S. 244).

„*Gesellschaft der Empörten?*“ (S. 245)

Hier begegnet uns das, was zuletzt immer wieder mit Sorge als 'große Gereiztheit', 'Kulturkampf' bezeichnet wurde.

Das Bild einer Spaltung der Gesellschaft konnten wir weiter oben zurückweisen. Aber wir leben auch nicht in einer Konsens-Gesellschaft (S. 245).

Falsch wäre es aber, von dieser gereizten Oberfläche auf eine polarisierte Tiefenstruktur zu schließen.

Mit Triggerpunkte wollen die Autoren die Entstehung des Erregungsüberschusses erklären. Das Konzept zielt „auf jene neuralgischen Stellen, an denen Meinungsverschiedenheiten hochschießen“ und Konsens in Dissens oder gar Gegnerschaft umschlägt (S. 246).

Es soll im Folgenden gezeigt und verstanden werden, „warum bestimmte Themen triggern.“ (S. 246)

„Dazu nutzen wir das reiche Material unserer Fokusgruppen“.

Deren Diskussionen wurden von den Autoren hinter reinem Spiegel verfolgt. Die TN konnten sie nicht sehen.

Die Diskussionen wurden mit Schlagzeilen aus Zeitungen angegangen, die zu den Arenen passten – z.B. „Armutquote von Mietern steigt“ (Oben-Unten).

Manche Themen wurden aufgeregter diskutiert als andere (S. 247), oft im „Gestus moralischer Empörung“.

Im Folgenden soll untersucht werden, warum ganz bestimmte Themen, Positionen etc. triggern.

Hypothese: Die Triggerpunkte liegen da, wo „moralische Grunderwartungen verletzt werden“. Hier wird eine „starke affektive Ladung freigesetzt.“ (S. 248)

4 typische Trigger sorgen für eine Erhitzung der Diskussionen:

Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstöße, Entgrenzungsbefürchtungen, Verhaltenszumutungen (S. 248).

A) *Ungleichbehandlungen*

„Das ist nicht fair!“ ist hier die gängige Formel des Protestes. Dahinter steht die Idee, Menschen seien gleichwertig. In früheren Jahrhunderten dagegen hat man das anders gesehen (S. 248).

Menschen stoßen sich deshalb heute daran, „dass die Gesellschaft einer implizit vorausgesetzten Egalitätserwartung nicht genügt.“ (S. 249)

Besonders prominent ist hier die Empörung über Diskriminierung, nur weil man ... ist. „Ein großer Teil der Trigger, über die sich linke, progressive oder liberale Diskursteilnehmer empören, fallen in diese Kategorie der Ungleichbehandlung von Gleichen“ (S. 249).

Am anderen Ende der Leiter triggert das Leid der Schwachen, wo oft sogar die Gleichbehandlung Stein des Anstoßes ist. „wo Ungleiche ungerechterweise gleichbehandelt werden.“ (S. 250)

Bzw. Ungleiche gleichbehandelt werden sollen, um Sonderrechte abzuwehren (S. 251)

Auch die Abwehr einer extensiven Sozialpolitik beruft sich auf die Grundsätze der Gleichbehandlung (S. 252).

„Die Angst vor einer ungerechten Übervorteilung durch andere triggert über die Arenen hinweg.“ (S. 252)

„Triggerpunkte liegen häufig an den Bruchstellen tief verankerter *Egalitätserwartungen*.“ (S. 252), wo der Grundsatz der Gleichbehandlung oft stillschweigend unterstellt wird.

Linke und rechte Argumente unterscheiden sich oft dadurch, „ob *gleiche Rechte* oder *gleiche Pflichten* im Mittelpunkt stehen“ (S. 253), ob also Benachteiligung und Diskriminierung oder Ausnutzen und überzogene Ansprüche Anlass der Empörung bieten.“ (S. 253)

B) *Normalitätsverstöße*

hier geht es weniger um universelle Gleichheitsvorstellungen als vielmehr um „ein intuitives Gefühl für Verhaltensweisen, die als konform und angemessen ... gelten“ (S. 253), die als

quasi hochgradig moralisch aufgeladen angesehen werden und eine Art moralischer Panik auslösen (S. 254).

„Die Gleichzeitigkeit von Faszination und Abwehr, Stimulation und Ekel ist typisch für Normalitätsverletzungen, an denen verhandelt werden die oft nicht nur moralisch, sondern auch libidinös aufgeladen sind.“ (S. 256)

Ekel und Stimulation markieren „die Grenzen der Normalität“ (S. 257).

Normalitätsverstöße provozieren eher „konservativ fühlende Personen, weil sie die Legitimität des Gewohnten und Etablierten, von Regeln und Konformität infrage stellen.“ (S. 259) (*die Regeln von Sauberkeit und Sicherheit nicht zu vergessen. Elementare menschliche Bedürfnisse*)

Auch wichtig: Verletzung der Verhaltensnorm der Rücksichtnahme und es rechten Maßes (s. 259), was auch im Bereich von Gendersprache eine Rolle spielt.

Dabei wird das Einfordern der Norm bzw. das Kritisieren des Normbruchs „mit ähnlicher Vehemenz beantwortet“. Was als normal bz. unnormal gilt, ist offenbar „tief mit dem Selbstkonzept verwoben“ (S. 260).

C) Dann gibt es da noch „Entgrenzungsbefürchtungen“.

Gibt es dort, wo man unkontrollierbare Steigerungen, einen Dambruch befürchtet. (S. 260f.)

„Entgrenzungängste, namentlich in Form einer Sorge um die Überforderung des Wohlfahrtsstaates, trieben ab Mitte der siebziger Jahre auch konservative und neoliberale Kommentatoren um“ (S. 262). Wörter wie 'immer' und 'wieder' sind dabei besonders beliebt (S. 264).

D) Verhaltenszumutungen

Andere wollen einem vorschreiben, wie man leben soll (S. 265). Es geht um „gefühlte Zumutungen“ (S. 265).

Hier spielen vor allem veränderte Sprach-Konventionen eine Rolle. „ich möchte nicht jeden fragen müssen, was seine Pronomen sind.“ (S. 266)

„Wir werden dazu gezwungen – genau wie mit dem Impfen.“ (S. 267)

„Die neuen Regeln der Interaktionsordnung, die Anlass für die Empörung liefern, werden mit dem Bilder Verbote und Gesetze beschrieben, die Missbilligung seitens der andern mit Strafen gleichgesetzt.“ (S. 269)

Die strafende Instanz wird dabei zum einen bei Randgruppen verortet (Veganer etc.), andererseits „auf einer schwer greifbaren höheren Ebene“ (S. 270).

„Die Tabuisierung des spontanen, 'normalen' Sprechens wird als Eingriff 'strenger' sozialer Autoritäten gedeutet“ ('die' da oben) (S. 270f.).

Man findet, dass die oben und Randgruppen hier den Takt vorgeben (S. 271). Linke Gruppen haben hier kein Problem, sehen das als kollektive Übereinkunft, Ergebnis eines sich fortwährenden aktualisierenden Gesellschaftsvertrages (S. 271).

„Ist dies die Illusion jener, die ein unproblematisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Deutungshoheit pflegen, weil sie zu den Gewinnern des kulturellen Wandels gehören?“ (S. 271)

Wohl schon. Denn die Untersuchung der Autoren zeigt: „Es gibt beim Grad der gefühlten Zustimmung durch neue Sprachkonventionen ein nicht zu ignorierendes Gefälle zwischen Oben und Unten.“ (S. 272f.)

Die politischen Verfechter größerer Inklusivität sollten das beachten.

Taxonomie gesellschaftlicher Trigger

Zwischenfazit:

Es wurde gezeigt, dass es in Deutschland von Grabenkämpfen polarisierte Gesellschaft nicht gibt. Stattdessen dominiert das Bild einer Gesellschaft, die in vielen Fragen übereinstimmt, „jedoch auch mit Konflikten konfrontiert ist, für die noch keine Befriedigungsmechanismen gefunden sind.“ (S. 272)

Die aufgezeigten Trigger folgen aller der Dynamik „der Übertretung implizierter Grunderwartungen.“

“‘Das geht zu weit’ ist die universale Formel des Getriggertseins.“ (S. 272)

Die eigene Weltsicht findet in einer negativen, reagierenden und moralisierenden Form Ausdruck (S. 273). Trigger sind also immer negativ: „Sie bezeichnen den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.“ (S. 273)

So kann es grundsätzliche Zustimmung einerseits, und Gegensätze im Konkreten andererseits geben. Z.B. grundsätzliche Anerkennung von Transpersonen einerseits, aber andererseits Gegensätze darin, ob es Quoten bzw. besondere sprachliche Regeln für sie geben sollte. (S. 273)

Das rhetorische Ja-aber zieht sich so durch alle Arenen (S. 273).

Wichtig: „An Triggerpunkten wird etwas berührt, bei dem es um mehr geht als um die Sache selbst.“

Dabei wird auch mit sog. Chiffren für „essentialisierte Sozialfiguren“ (S. 274) gearbeitet. Dabei geht es um latente und manifeste Kommunikationsinhalte, Codes, Metaphern etc. – die wie eine Hundepfeife scheinbar lautlos von den richtigen verstanden wird. „So können sich die US-Republikaner darauf verlassen, dass ihre Kernklientel intuitiv ‘dechiffriert’, dass es um Afroamerikaner geht, wenn ‘zerbrochene Familien’ für eine ‘Abhängigkeit’ vom Wohlfahrtsstaat gemacht werden., ohne dass sie dabei des Rassismus bezichtigt werden können (S. 274).

„Trigger beziehen ihre politisierte Energie häufig aus dieser latenten Gleichzeitigkeit von Inhalt und Chiffre“. Der private Common Sense ´weiß´ dabei mehr, als der öffentliche Diskurs auszusprechen erlaubt. (S. 275)

„So kann eine in der Sache völlig unkontroverse Forderung wie die, dass es in deutschen Innenstädten nicht zu Messerangriffen kommen dürfe, einen Triggerpunkt berühren, wenn aus dem Subtext klar wird, dass es dabei eigentlich darum geht, Migranten als moralisch zweifelhafte Gefährder des öffentlichen Friedens auszuweisen.“ (S. 274)

4 Typen von Triggern anhand der jeweils übertretenen roten Linien. Diese Linien stehen dabei für „den Bruch einer stillschweigenden Grunderwartung, der als bedrohlich für Selbstkonzepte und Weltverhältnisse wahrgenommen wird.“ (S. 275)

- Triggerdynamiken rund um Ungleichheitsbehandlungen drehen sich um „eine implizite *Egalitätserwartung*“, die unterschiedlich gebrochen wahrgenommen wird (ungleich weil Minderheiten diskriminiert werden, ungleich weil Minderheiten Sonderrechte haben)
- Trigger, die sich an *Normalitätserwartung* aufhängen, Angst vor dem Verlust der Ordnung tritt hier zutage (S. 275)
- Trigger, die sich an *Kontrollerwartung* entzünden, hängen eng damit zusammen. (S. 277)
- Trigger, die sich an *Autonomieerwartung* festmachen (S. 277), z.B. bei Vorschriften, wie man sich (z.B. sprachlich) zu verhalten habe.

Vermutung: Ein Thema wird um so wahrscheinlicher zum Trigger, „je zentraler eine rote Linie für das Selbstverständnis einer Gruppe ist.“ (S. 277)

These: Ein Thema wird umso wahrscheinlicher zum Trigger, „je zentraler eine rote Linie für das Selbstverständnis einer Gruppe ist, je deutlicher sie übertreten wird und je mehr der hier aufgeschlüsselten Erregungsgründe zusammenkommen.“ (S. 277)

„An den Sollbruchstellen der öffentlichen Debatte, die wir Triggerpunkte nennen, werden zentrale Hintergrunderwartungen, normative Differenzen und bewältigte Auseinandersetzungen offenbar.“ (S. 278)

Über diese Triggerpunkte „lässt sich so ex negativo eine ganze moralische Kosmologie der Gesellschaft aufschließen.“ (S. 278)

8. Der Soziale Raum der Ungleichheitskonflikte

2020 in einem taz-Streitgespräch sagte der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel:

„Linksliberal, das sind vor allem die urbanen, gebildeten Mittelschichten, die globalisierungsaffin und anpassungsfähig sind ... Beachtliche Teile der männlichen, mittelalten, mittleren Unterschicht fühlen sich verunsichert, in ihrem ökonomischen Status und ihren Weltbildern.“ (S. 279)

Gesellschaftspolitische Konflikte werden „mit typischen Trägergruppen identifiziert“ (S. 280). „Kenne ich Klasse, Geschlecht, Alter und Herkunft meines Gegenübers, so die Annahme, dann weiß ich mit großer Wsk. auch, in welche Richtung seine ... Einstellungen tendieren.“ (S. 280)

Eine ´dünnere´ Polarisierung bestünde darin, dass sich die Konfliktforen über alle Klassen gleichmäßig verteilen.

„Wir nutzen“ im Folgenden „unsere präsentativen Umfragedaten, um empirisch nachzuzeichnen, was dran ist an der These neuer ´kultureller Klassenkämpfe´ um Migration, Anerkennung und Klimaschutz, die anders gelagert sind als der alte Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Wir fragen, welche Gruppen sich worüber uneinig sind – und zu welchem Grad.“ (S. 281)

In dieser Gesamtschau der Arenen sollen auch Verbindungslinien zwischen ihnen deutlich werden. „Wir korrespondieren verteilungspolitische Einstellungen in der Oben-Unten-Arena mit Haltungen zu Klimapolitik, sexueller Diversität und Migration? Und wie verhalten sich Haltungen in der Heute-Morgen-Arena zur Migrationsfrage?“ (S. 281)

Eine Repolitisierung der Sozialstruktur?

Die Behauptung lautet hier, dass die weiße, einheimische Arbeiterschaft durch Deindustrialisierung und Strukturwandel etc. einen kränkenden Bedeutungsverlust erlebt, den sie mit einer Gegnerschaft zu progressiver Migrations-, Identitäts- und Klimapolitik beantworten (S. 282).

In dieser Logik sind die Gegner der Arbeiterschaft nicht die Kapitaleigener, sondern die gebildete singularisierte Mittelklasse., die vom Strukturwandel profiziert haben und ihn vorantreiben. Damit zusammenhängend sei mehr die Bildung als die Stellung im Erwerbssystem für die Begünstigung autoritärer Einstellung verantwortlich (S. 283). Bildung wird dabei „auch mit kognitiven Kompetenzen, kultureller Liberalität und Offenheit verbunden“ (S. 283). Mehr Bildung sei dabei gleich mit weniger Chauvinismus und Nationalismus.

Ähnlich werden auch Geschlecht und Migrationshintergrund als soziokulturelle Basen aktueller Konflikt dynamiken ins Feld geführt. (S. 283f.)

„Gelten in manchen Winkeln des Diskurses konservative Migranten als Bremsen der Liberalisierung, sind es in anderen die Alten.“ (S. 285)

Oft wird bei der Anerkennungs- und Klimapolitik von einem Generationskonflikt gesprochen. Aus der politischen Psychologie wissen wir, „dass man in der Jugend für neue Einflüsse offener ist und sich mit zunehmendem Alter Einstellungen verfestigen.“ (S. 285)

Mit Generationen ist auch gemeint, „welcher historische Zeitabschnitt ihnen den Stempel aufgedrückt hat.“ (S.285)

Auch räumlich unterschiedliche Erfahrungen (z.B. Stadt-Land) scheinen mit den genannten sozialen Orientierungen in Verbindung zu stehen (S. 286). In D kommt noch der Unterschied zwischen Osten und Westen hinzu.

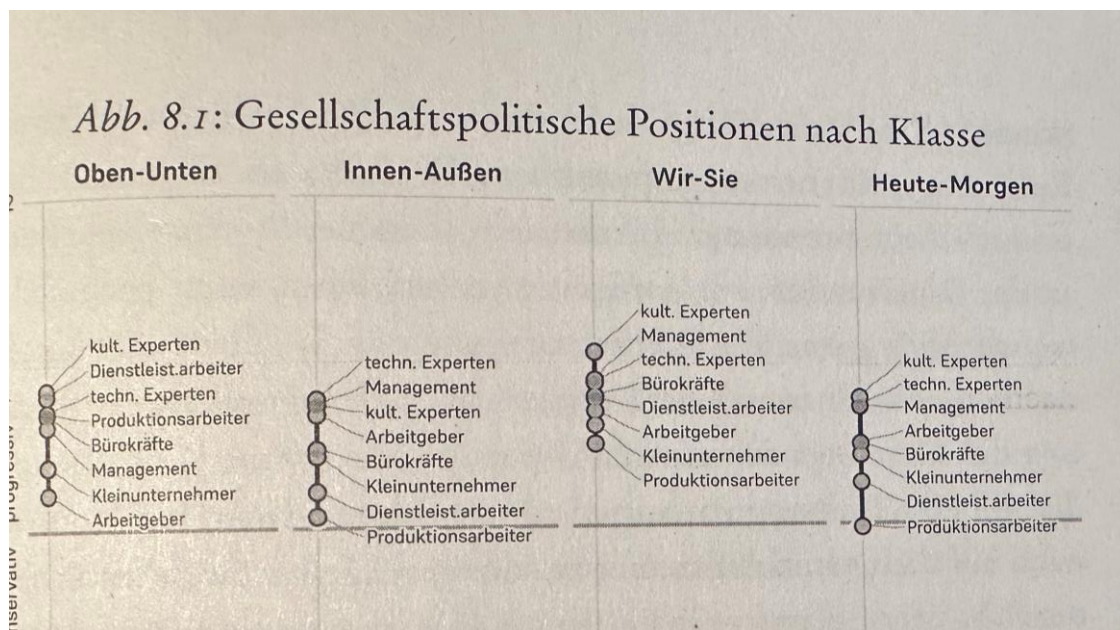
Im Folgenden werden diese üblichen Hypothesen empirisch überprüft.

Beginn mit der Unterscheidung zwischen Berufsklassen. Schon in den Kapiteln 3-6 haben wir gesehen, dass Verteilungsungleichheiten je nach Berufsgruppe unterschiedlich aussehen (s. 288).

Darum: „Probleme wie Diskriminierung oder Ungleichheit werden von verschiedenen sozialen Werten aus oft *unterschiedlich* gesehen, dies muss aber nicht notwendigerweise heißen, dass man zu *gegensätzlichen* politischen Schlüssen kommt und sich zu verfeindeten Lagern formiert.“ (S. 289)

Wir zeichnen dabei die Klassenpositionierung in den Arenen nach, um zu sehen, wie sie mit anderen Faktoren zusammenhängen. (S. 289).

Dir Grafik S. 291:



Zwei Dinge fallen sofort auf:

- Einerseits gibt es zwischen Klassen Unterschiede, die sich über mehrere Arenen hinweg als Muster zeigen (S. 290).
- Andererseits sind die Unterschiede in keiner Arena so stark, dass die einen klar im konservativen, die anderen klar im progressiven Bereich liegt.

Fazit: „Die Meinungslandschaft ist zwar von einer Klassen*spezifik* gekennzeichnet, aber nicht von einer Klassen*polarisierung*.“ (S. 290)

So findet sich die Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit in der Oben-Unten-Arena nicht nur bei den besonders benachteiligten Klassen, sondern auch „in jenen eher höher qualifizierten und entlohnten Gruppen“ (S. 290).

Bei der Innen-Außen-Arena zeigen sich die höher Qualifizierten offener für Zuwanderung (S. 291). Aber: Die Uneinigkeit ist im Mittel nicht Pro oder contra, sondern gleicht „einem ‘Eher pro’ versus ‘Es kommt darauf an’“. Diese Distanz ist relevant, eignet sich aber nicht zur Diagnose eines neuen umfassenden Klassenkonfliktes (S. 292).

„Noch näher liegen die Klassen in der *Wir-Sie-Arena* beieinander.“ (S. 292)

„Die stärksten Klassenunterschiede ergeben sich anhand unseres Indexes im Feld der *Heute-Morgen-Ungleichheiten*. Wiederum ist es hier dieselbe Trias der akademischen Mittelklassen, die klimapolitische Interventionen offener gegenübersteht als Dienstleistungs- und allen voran Produktionsarbeitern.“ (S. 293)

„Insgesamt können wir in allen unseren Arenen durchaus substantielle Klassenunterschiede feststellen: Bei den 'klassischen' Verteilungsungleichheiten zeigen sie sich zwischen den besitzenden Klassen und dem Rest, bleiben aber eher überschaubar. In den 'neueren' Ungleichheitskonflikten sind es durchweg die höher gestellten, meist akademisch gebildeten und am Arbeitsplatz mit größerer Autonomie ausgestatteten mittleren und oberen Ränge von Verwaltung, Technologiesektor und Kulturbranche, die progressivere Positionen einnehmen. Arbeiter ... bilden hier einen eher skeptisch-bremserischen Pol.“ (S. 293)

„Allerdings sind diese Differenzen keineswegs so fundamental und antagonistisch verfasst, wie der akademische Volksglauben es uns weismachen will.“ (S. 293) Es handelt sich eher um „graduelle Unterschiede auf einem Meinungskontinuum.“ (S. 294)

Zudem zeigen sich „in allen Arenen ... starke Überlappungen zwischen den Klassen.“ (S. 294). Vor allem in der *Wir-Sie-Arena* sind diese Überlappungen „besonders groß“. Was bedeutet, dass „die übergroßen Mehrheiten weit im anerkennungsfreundlichen Teil unserer Messskale liegen“ (S. 294). In keiner Klasse bilden die anerkennungsfeindlichen Haltungen die Mehrheit. Ähnliche Muster in den anderen Arenen.

„Die Binnendifferenzierung der Klassen ist größer als die Unterschiede zwischen ihnen.“ (S. 295).

D.h. nicht, dass es zwischen den Klassen keine Konflikte gibt, aber sie haben nicht den Charakter antagonistischer Konflikte (S. 296).

Gibt es nun unabhängig von der Klasse Merkmale, die arenenübergreifend bedeutsamer sind als andere? (S. 296)

1. In fast allen Arenen ist die das Merkmal, entlang dessen sich die Einstellungen besonders stark unterscheiden (S. 297). In der *Oben-Unten-Arena* ist es gar das einzige Merkmal.
2. In der *Innen-Außen-* und *Heute-Morgen-Arena* tritt Bildung als zentraler Unterscheidungsfaktor hinzu.
3. In der *Wir-Sie-Arena* ist das Alter ähnlich wichtig. (S. 297)

Klare Polarisierungen gibt es aber auch bei diesen Merkmalen nicht. (S. 297)

Und bei den *Heute-Morgen-Ungleichheiten* „sehen wir hingegen überraschenderweise so gut wie gar keine Altersunterschiede.“ Die Mittelalten sind hier „eher zurückhaltend-skeptisch“. „Die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen dagegen ist die klimapolitisch progressivste“ (S. 299) Sie machen sich große Sorgen um den Klimawandel. (S. 300)

„Das Bewusstsein um den Klimawandel und die Bereitschaft zur klimapolitischen Transformation ist also kein Alleinstellungsmerkmal der Millennials und der Generation Z“ (S. 300)

Also: in den Arenen gibt es zwar Altersunterschiede, aber auch hier keine altersbezogenen Gegensätze. Bei Umverteilung, Migration und Liberalisierung haben sich die Altersgruppen „nicht voneinander entfernt“ (S. 300).

Auch bei sozialräumlichen Unterschieden gibt es keine fundamentalen Disparitäten (S. 300). „Zuletzt erweisen sich auch die *Unterschiede zwischen Männern und Frauen* und *zwischen migrantischen und der nichtmigrantischen Bevölkerung* als weitgehend insignifikant.“ (S 301)

„In der Zusammenschau können wir also keine sozialstrukturelle Spaltung der Einstellungen feststellen. In *keiner* unserer vier Arenen neigen die untersuchten Gruppen entgegengesetzten Einstellungspolen zu, es zeigen sich allenfalls graduelle Abstufungen.“ (S. 302)

„Generell passt das Ausmaß der sozialen Einstellungsunterschiede jedoch kaum zu der Dramatik, mit der sei in den Medien oft dargestellt werden.“ (S. 303)

Zwischen den Lagerunterschieden gibt es viele Mischungen, „die nicht ins Passepartout eines Zwei-Lager-Schismas passen.“ (S. 303)

In der Literatur wird die Verbindung/Verknüpfung zwischen den Arenen „brisant ... diskutiert (S. 305). Will sagen: Es wird z.T. ein „kannibalisierender Nexus“ hergestellt, wonach z.B. „der Überschuss an anerkennungspolitischer Mobilisierung ... von der handfesten materiellen Verteilungsfrage“ ablenke (S. 304f.).

Hintergrund ist eine „vermutete Grundspannung zwischen einer an vertikalen Klassenverhältnissen ausgerichteten *Verteilungspolitik* und der *Migrationsthematik*“ (S. 305).

Ökonomen vermuten, dass im Zuge der Migration „die Unterstützung für wohlfahrtstaatliche Umverteilung schmilzt.“ (s. 305)

Die AfD verknüpft mit der Kritik an Einwanderung und Austrocknen des Sozialstaates die Oben-Unten- mit den Innen-Außen-Ungleichheiten (S. 306).

Philip Converse konnte schon in den 60ern für die USA zeigen, dass die Eliten in ihren Einstellungen kohärenter als die unteren Schichten waren. Das Gleiche betonte Honeth für D. in den 80ern (S. 308).

Um die skizzierten Zusammenhänge zu messen, verwenden die Autoren Einstellungsindizes, um die Korrelation dieser Indizes der Gesamtbevölkerung sowie in der obersten und untersten Bildungsgruppe.

Positive Werte zeigen, dass die Einstellung in dieselbe Richtung weisen, negative das Gegenteil (S. 309).

„Die Korrelationskoeffizienten ... zeigen, dass – anders als im Diskurs oft dargestellt – in der Gesamtbevölkerung nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu den Oben-Unten-Ungleichheiten und den Wir-Sie-Ungleichheiten besteht.

Bei der Akademikerklasse gehen „die Befürwortung von Umverteilung und von sexueller Diversität Hand in Hand.“ (S. 310)

„Das Bild vom diversitätsberauschten Akademiker, der kein Ohr (und kein Herz) für die einfachen Klassen hat, mag nicht so recht zu diesem Befund passen.“ (S. 310)

Bei Menschen mit Hauptschulabschluss lässt sich zwischen diesen beiden Merkmalen überhaupt keine Kopplung konstruieren. (S. 311)

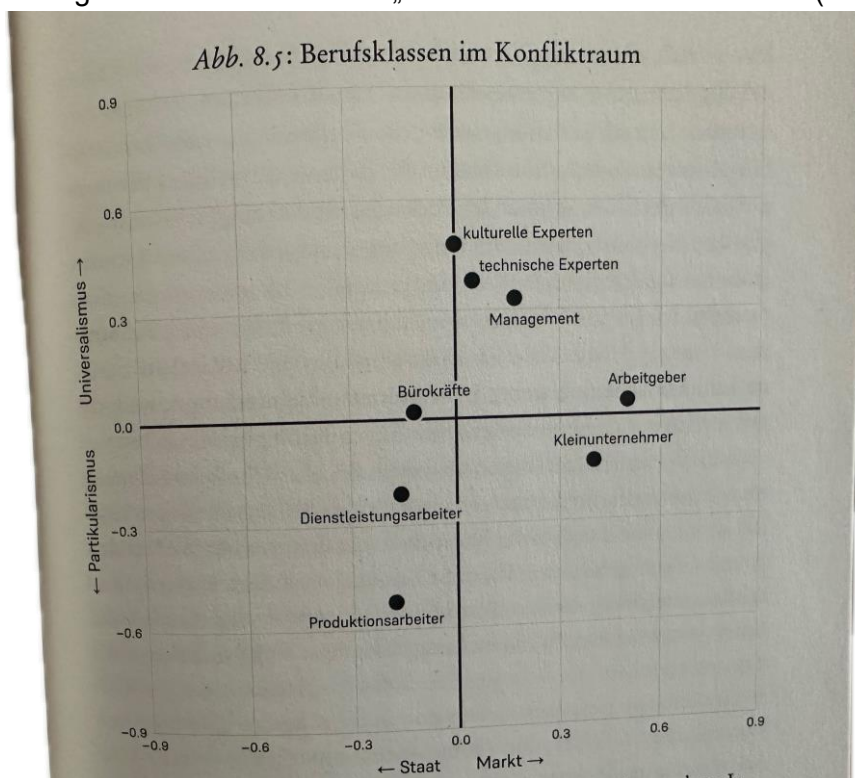
Aber es gibt auch einige starke Querverbindungen: „Eine größere Akzeptanz von queeren Themen findet sich beispielsweise dann, wenn auch klimapolitische Maßnahmen stärker unterstützt werden oder wenn es eine deutlichere Offenheit für Zuwanderung gibt.“ Allerdings sind die Korrelationen „nicht sehr stark“ (S. 312).

Ähnlich sieht es umgekehrt mit Korrelationen zwischen Kritik an Klimapolitik und Kritik an Zuwanderung aus (S. 312).

Anders als bei den unteren Bildungsgängen gibt es bei den Hochschulabsolventen Zusammenhänge, „die ein an Parteiprofile angelehntes Gesamtbewusstsein erkennen lassen.“ (S. 313)

Nun werden die vier Arenen „in einen Topf“ geworfen, um nach „zwei Hauptdimensionen“ zu suchen, „auf die sich die Konfliktstruktur über die Arenen hinweg herunterbrechen lässt.“ (S. 314)

Es ergibt sich so das Bild der „Berufsklassen im Konfliktraum“ (S. 317).



Wichtigste Dimension dieses Raums: die des Universalismus/Partikularismus (S. 316).
„Diese Dimension ... ist stark vom besonders polarisierten Themenkomplex der Migration geprägt.“ (S. 316)

Die zweite Dimension: die de Staatsinterventions- oder Gerechtigkeitsdimension nennen kann (S. 316).

Dinge wie Erbschaftssteuer, Einkommensverteilung, höhere Abgaben für den Klimaschutz nach Einkommen etc. sind hier anzuordnen (S. 317).

Wenig überraschend positionieren sich Arbeitgeber und Kleinunternehmer stärker an jenem Pol, der Forderungen nach Umverteilung, Steuern und Quoten ablehnt (S. 318).

Es ergibt sich „ein Bild der Überschneidungen und Familienähnlichkeiten zwischen Aspekten verschiedener Konfliktarenen, die durch tiefer liegende Einstellungsmuster verbunden sind.“ (S. 318)

Sieht man hier nur Klassenunterschiede, wo würde man sich „verlaufen“ (s. 319).

9. Affekt und Struktur

Im Folgenden geht es um die „*sozialen und medialen Wirkhebel der Affektivität*“ (S. 320). Will sagen: es werden die sozialen Strukturen hinter der Emotionalisierung gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen betrachtet.

Man orientiert sich dabei am Modell, dass die affektive Polarisierung mit der Durchmischung oder Abkapselung sozialer Kreise in Beziehung setzt (S. 320). Wenn sich die Kreise (ode Echokammern) schließen, nehmen Meinungsverschiedenheiten einen fundamentaleren Charakter an.

Wie sehen Gruppensympathie und -antipathie in den vier Arenen aus?

Dazu werden

1. Befragte mit stereotypen Sozialfiguren konfrontiert: Langzeitarbeitslose (Oben-Unten), Migrationsgegner (Innen-Außen), Transperson (Wir-Sie) und einen Klimaaktivisten (Heute-Morgen) (S. 321).
2. Geht es um mediale Kontexte und Mediennutzung (S. 321)
3. Wird auf die emotionale „Betriebstemperatur der Konfliktlagen“ geschaut (S. 321).

Zu 1.: Soziale Sortierung und affektive Polarisierung

Übliche Hypothese: sich ausschließende Lagerbildung (Reich/Arm, Akademiker/Nichtakademiker etc.) erhöht auch die emotionalen Gegensätze.

Das steht in der Tradition des Simmel-Weber-Konzeptes der „*Schließung sozialer Kreise*“ (S. 322), die dann auch Folgen für das Seelenleben haben. „Geschlossene Kreise mit wenig Überschneidungspunkten führen dazu, dass sich das Individuum eng an den Normen der Ingroup orientiert und ein soziales Bewusstsein als ‚Gruppenwesen‘ ausbildet.“ (S. 322). Die

zunehmende Überlappung sozialer und politischer Kreise soll zudem die affektive Polarisierung verstärken (S. 323).

„In dieser Situation ist es dann für politische Akteure aussichtsreich, mit Emotionalisierung die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und Freund-Feind-Verhältnisse zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Botschaften zu machen.“ (S. 323)

Das erhöht auch die Wsk, einer Negativspirale: Je stärker die Polarisierung, desto größer das emotionale Freund-Feind-Verhältnis.

Anders aber als in den USA sind in D die Anhänger der Parteien „deutlich weniger affektiv polarisiert.“ „Im Gegenteil: die affektive Polarisierung nimmt tendenziell sogar eher ab.“ (S. 325)

Gefühlsthermometer: Sympathie und Antipathie

Es geht jetzt um die politischen Emotionen, „die den Konflikt in den vier Arenen strukturieren.“ (S. 325).

Dazu wurde nach arenenspezifischen Stereotypen gefragt, die man von 0-10 bewerten konnte:

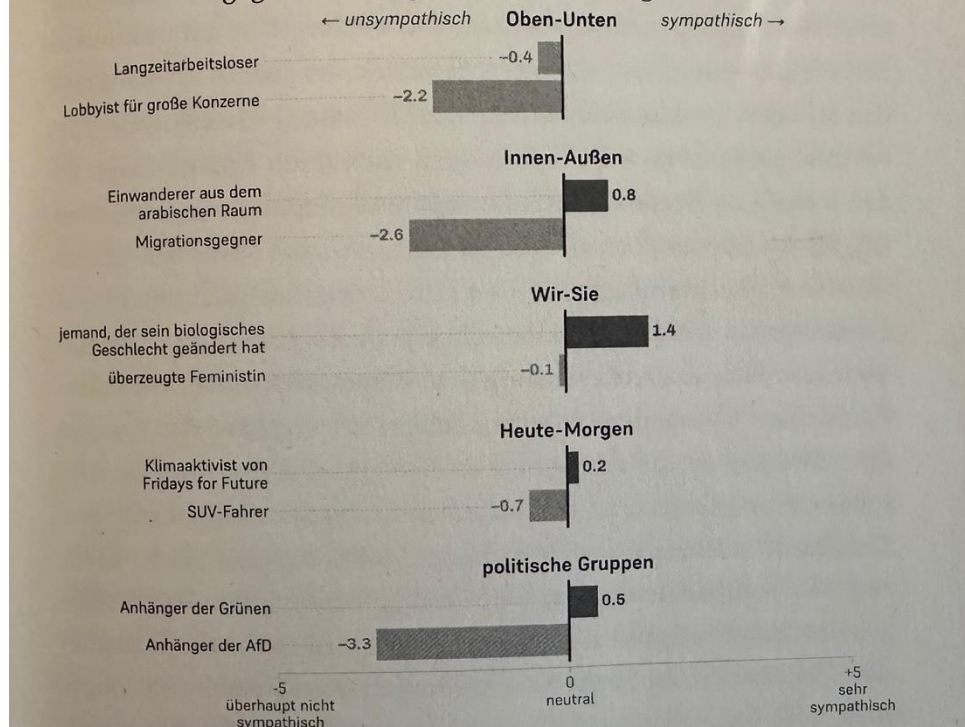
- Oben/Unten: Langzeitarbeitslose und Konzernlobbyisten
- Innen/Außen: Migranten aus dem arabischen Raum und Migrationsgegner
- Wir/Sie: Person die ihr biologisches Geschlecht geändert hat und überzeugte Feministin
- Heute/Morgen: SUV-Fahrer und FFF-Aktivist (S. 325)

Dazu noch Parteianhänger AFD und Grüne.

„Die Sozialfiguren betrachten wir nicht als Realgruppen, sondern als Chiffren gesellschaftspolitischer Positionierungen“ (S. 326).

Abbildung 9.1 zeigt, wie die Sozialfiguren im Durchschnitt bewertet wurden.

Abb. 9.1: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie gegenüber ausgewählten Sozialfiguren



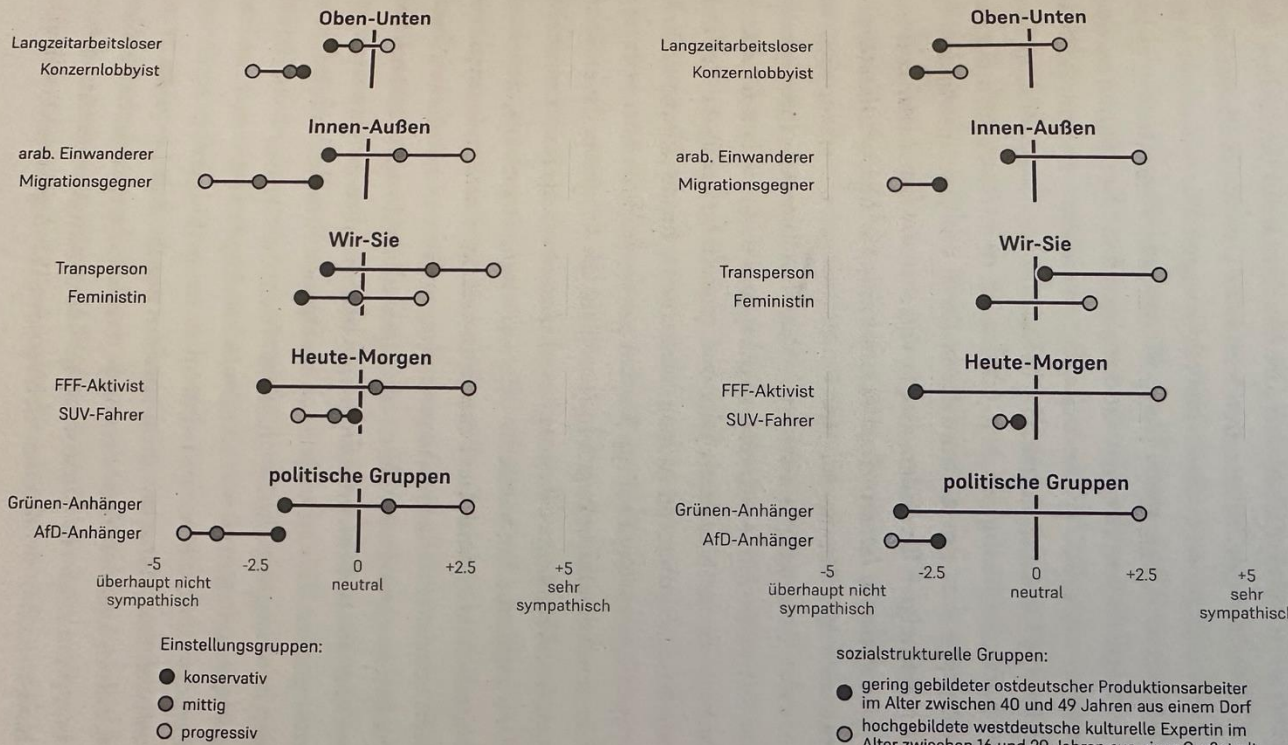
Aufschlussreicher „ist für unseren Zusammenhang die Verknüpfung mit der ideologischen Verortung und der sozialen Struktur.“ (S. 327)

Dabei wird von zwei idealisierten Gruppen ausgegangen:

- Gering gebildeter ostdeutscher Produktionsarbeiter 40-49J.
- Hochgebildete westdeutsche kulturelle Expertin 16-30 J.

Die Grafik zeigt zwar große Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten in Bezug von AfD-Wählern oder Migrationsgegnern etc. (S. 332)

Abb. 9.2: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie verschiedener ideologischer und sozialer Gruppen gegenüber ausgewählten Sozialfiguren



Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Zudem liegt der Schluss nahe, dass gerade für die Klimapolitik „die affektive Polarisierung zwischen sozialstrukturellen Klassen größer sein könnte als die ideologische Polarisierung ihrer Einstellungen. Nach dem Motto: „Klimaschutz ja, Klimaschützer und Grüne nein danke.“ (S. 333)

Alte und neue Medien

Konflikte begegnen uns nicht nur im Konkreten, „sondern auch und vor allem in ihrer medialen Vermittlung in Zeitungen, Onlineforen oder in Talkshows. Wir sind allesamt Teil einer mediatisierten Welt, unser Alltag ist durchdrungen von der Nutzung unterschiedlichster Medien, in denen sich Gesellschaft, Öffentlichkeit, und Politik durchkreuzen. Medien sind sowohl an der Etablierung von ‘conflict frames’, mit Hilfe derer Auseinanderzogen gedeutet und verstanden werden, als auch an der Austragung dieser Konflikte selbst beteiligt. Über Medien werden Konflikte also nicht nur beobachtet, sie werden in ihnen auch inszeniert und ausgefochten.“ (S. 333)

„Einen Aufmerksamkeitswert erzielt ein Beitrag beispielsweise auch dadurch, dass eine Situation als besonders konfliktreich beschrieben wird.“ (S. 333)

Und die neuen digitalen Medien folgen nun „völlig anderen Logiken der Veröffentlichung, der Zirkulation und der Rezeption“ (S. 334). Z.B. algorithmische Steuern, kommerziell angetriebene und vermittelte Aufmerksamkeit, stark emotionalisierte Adressierung der Nutzerinnen sowie ausgeprägte Netzwerkeffekte.

Hinzu kommt, dass es keine Redaktionen mit Qualitätssicherungsfunktionen mehr gibt. So sind Medien wie Twitter, Facebook & C „kakophonische Tummelplätze nicht selten extremer Meinungen.“

Schließlich sind soziale Medien Affektgeneratoren, „weil ihre Architektur auf die Affizierung von Nutzerinnen und Nutzern ausgerichtet ist. Ablehnung, emphatische Zustimmung, Hass und Erregung sind hier gezielt vermittelte emotionale Zustände, die dazu führen, dass Menschen ´dranbleiben´ und sich die Nutzungsdauer und -intensität erhöht.“ (334)

Das Internet wird heute deshalb sehr viel skeptischer gehen als noch vor ein paar Jahren (S. 335)

Eine große Metastudie zeigt: in Autokratien und werdenden Demokratien können die neuen Medien zu einer Zunahme der Partizipation führen, während es in etablierten Demokratien wahrscheinlicher ist, dass Vertrauen verloren geht (S. 335).

Als polarisierend und konfliktverstärkend werden Anonymität, aufmerksamkeitssteigernde Logiken und Abwesenheit von Höflichkeitsetikette genannt.

Die Echokammerthese geht von blasenhaft abgeschotteten Teilöffentlichkeiten aus, die in geschlossenen Kreisen kommunizieren, „in denen Meinungen und Vorurteile Bestätigung finden,“ (S. 336). „Inzwischen verdichten sich freilich die Befunde, dass die auf den ersten Blick plausible Hypothese nur mit Einschränkungen zutrifft.“ (S. 336)

Studien zeigen, dass „spaltende Gruppenverhältnisse durch soziale verstärkt und sogar erzeugt werden können ... so dass sich Personen vor allem in Abgrenzung zu anderen Gruppen und in Solidarität mit der Eigengruppe positionieren.“ (S. 336)

Die Autoren sind vor allem an dem Zusammenhang „zwischen Mediennutzung und *arenspezifischer Affektivität* interessiert.“ (S. 337)

„Steigert die Nutzung sozialer Medien die Affektivität, und wie stellt sich das Verhältnis zwischen traditionellen und sozialen Medien dar?“ (S. 337)

Zunächst: Anders als vermutet ist die Affektivität „bei der Nutzung sozialer Medien nicht generell höher“ aber Die Muster sind dennoch aufschlussreich. (S. 338)

„Wir sehen, dass Nutzer konventioneller Medien *progressiven Sozialfiguren* sympathisierender gegenüberstehen.“ (S. 338) D.h. sie blicken generell positiver auf Langzeitarbeitslose, Feministinnen, Transpersonen etc.

„Auf soziale Medien verlassen sich vergleichsweise jene Menschen stärker, die migrationsskeptischer und AfD-freundlicher gesinnt sind. Inwieweit man daraus pauschal schließen kann, Facebook & Co. seien zum Sammelplatz von Ressentiments geworden, müssen wir an dieser Stelle offenlassen.“ (S. 338f.)

Affektivität ist eine wesentliche Antriebskraft für Konflikte (S. 339). Besonderes mächtiges Gefühl: Die Wut, wir verbinden sie damit, dass man innere Antriebe nicht mehr unterdrücken kann (S. 340).

Oft geht ihr ein „längerer Prozess des Aufstauens und Anhäufens frustrierender Erfahrungen voraus“ (S. 340).

Abb. 9.3: Gefühlsthermometer nach Mediennutzung

Sympathie für ...	genutzte Medien zur Information über gesellschaftliche Fragen (Mehrfachantworten möglich)				
	TV/Radio	Zeitungen (Print)	soziale Medien	Facebook	Telegram/ Whatsapp
Langzeitarbeitslosen	+	+			
Konzernlobbyisten			+	+	+
Transperson	+				
Feministin		+			
arabischen Einwanderer				-	
Migrationsgegner				+	
FFF-Aktivistin		+			
SUV-Fahrer			+	+	+
Grünen-Anhänger	+	+			
AfD-Anhänger	-		+	+	+

Wo liegt der „demografische und soziale Schwerpunkt“ derjenigen, die die aktuellen politischen Diskussionen oft wütend machen?

Alter, Geschlecht, Stadt/Land spielen eher keine Rolle. Zwischen Ost- und West gibt es nur moderate Unterschiede (S. 341).

„Die Höhe des Wutpegels“ korreliert stark mit „Einkommen, Klasse und Bildung“ (S. 341).

Die ärmste Einkommensgruppe berichtet am häufigsten über Wutausbrüche.

Auch unter den Parteianhängern sind Wutausbrüche unterschiedlich stark verbreitet: 43% bei den Grünen, 48% bei der SPD und 88% bei der AfD und 82 bei den Linken (S. 343).

In der Innen-/Außenarena sind es „durch die Bank die Migrationsskeptiker, die wesentlich häufiger von Wut berichten. Sie scheinen deutlich frustrierter als der Rest der Bevölkerung.“ (S. 344)

Des Weiteren ist Wut am häufigsten bei Personen zu finden, „die als konservativ eingeordnet werden können. ... Wut zeigt sich vor allem bei denjenigen, die sich dem politischen und normativen Wandel verschließen und den Status quo verteidigen.“ (S. 344)

„Die Wutinzidenz in diesen Gruppen wäre dann Teil einer allgemeineren sozialpsychologischen Abwehrreaktion gegenüber einer unerwünschten Veränderungsdynamik.“ (S. 345)

Aspekt „Meinungsklima“, wo es darum geht, ob man den Eindruck hat der Diskursraum öffne oder schließe sich (S. 345). „Die diskursive Offenheit wird anders eingeschätzt, wenn jemand den Eindruck hat, die eigene Haltung werde zunehmend delegitimiert und büße an Geltung ein – oder aber sie erfahre endlich Anerkennung und trete damit aus der Marginalisierung heraus.“ (S. 345)

„Bei der Aussage ´Heutzutage darf man nichts Kritisches mehr über Migranten oder Homosexuelle sagen, ohne gleich als intolerant abgestempelt zu werden´ finden wir eine erhebliche Zustimmung: 34% stimmen voll und ganz zu, 27% stimmen eher zu (S. 346).

Zudem nimmt ein Teil der Bevölkerung die Thematisierung von Diskriminierung als übertrieben wahr.

D.h. nicht, dass die Entwicklung hin zur Nichtdiskriminierung selbst abgelehnt wird. Nur 10% lehnen sie ab. Was verstärkt abgelehnt wird, ist nur die ´Übersensibilität´, die hier zu finden ist.

„Auch kann hier die Spannung zwischen universalistischen Gleichheitsideen und Vorstellungen einer unbedingten Meinungsfreiheit einerseits und besonderen Verpflichtungen andererseits zutage treten. (S. 346)

So kann das Empfinden entstehen, „die Grenzen des Sagbaren hätten sich verengt.“ (S. 346)

Den Autoren geht es hier allein darum, „nachzuzeichnen, wie sich solche Wahrnehmungen (´Man darf nichts mehr sagen´) mit Affekten verbinden.“ (S. 346<9

Wut stellt demnach ein „enges Korrelat *wahrgenommener Meinungseinschränkungen*“ dar. Diejenigen, die der Aussage „Man darf ...“ voll und ganz zustimmen, stimmen auch zu 65% der Wut-Aussage zu (S. 347).

Für andere liegen die Werte zwischen 24 und 33%.

Affekterzeugend ist auch das, was die Autoren „*Veränderungerschöpfung*“ nennen. Sozialer Wandel wird dabei als „vorohnmächtige Zumutung erlebt“ (S. 347). „Erlebte kulturelle Entwertungen und subjektiv empfundene Veränderungszumutungen sind wichtige Treiber einer Unmutskultur.“ (S. 347)

„Signifikante Teile der Gesellschaft scheinen an diesen Punkten auszusteigen und ihr Überforderung und Unzufriedenheit in Wut zu kanalisieren.“ (S. 347)

„Die Angst, den Anschluss zu verlieren, kann gewissermaßen als verallgemeinerte Beschreibung eine Weltverhältnisses verstanden werden, bei dem man mit den Veränderungen nicht mehr Schritt hält, sich überfordert fühlt.“ (S. 348)

Typische Äußerungen: „Ich komme da nicht mehr mit“, „Das geht mir viel zu schnell“, „Wo soll das alles hinführen?“ (S. 348)

„In unserem Survey geben 44 Prozent der Befragten an, es falle ihnen angesichts des sozialen Wandels schwer, den Anschluss zu halten, 30 Prozent antworten mit ´teils/teils´. Unsere Daten zeigen also, dass viele Menschen das Gefühl haben ‚nicht länger im Gleichschritt mit gesellschaftlichen Veränderungen zu sein.‘“ (S. 348)

In Zeiten rapiden sozialen Wandels „sind Friktionen zwischen Wandel und mentaler und sozialer ´Trägheit´ erwartbar. Zugleich ist von sehr ungleich verteilten Anpassungsressourcen auszugehen.“ (s. 349)

Von Schwierigkeiten, noch mitzukommen, „berichten vor allem die einfachen Bildungsklassen, die bildungsarmen Gruppen, die einkommensschwachen Lagen.“ (S. 349)

Nur der 30% der Hochschulabsolventen fällt es schwer, noch mitzukommen, ein Abstand von 20% zu den Bildungsarmen.

Überraschend: „Ein klarer Alterseffekt - ´müde Alte´ versus ´agile Junge´ - zeigt sich nicht“ (S. 349). Stattdessen aber eine „*starke Klassenspezifität*“ (S. 349).

Die Möglichkeiten, selbstbestimmt zu leben, sind halt ungleich verteilt: Es macht einen Unterschied, ob man sich selbst als „Lenker der eigenen Geschicke“ erlebt oder ob Veränderungen „ohne eigenes Zutun und auch gegen den eigenen Willen geschehen.“ (S. 349)

„Sehr stark ist der Zusammenhang zwischen Veränderungserschöpfung und dem wahrgenommenen Meinungsklima. Wer denkt, man dürfe nichts Kritisches über Minderheiten sagen, meint häufig auch, es sei angesichts des rasanten sozialen Wandels schwer, den Anschluss zu halten.“ (S. 350)

Bei den Oben-Unten-Ungleichheiten ist das Muster nicht so klar. Vielleicht Hinweis darauf, „dass Veränderungserschöpfung vor allem dort angelagert ist, wo man in politischen Fragen an einem eher traditionellen Normengefüge festhält und der eigene Konservatismus vor dem Hintergrund des dynamischen (Werte-)Wandels deutlicher hervortritt. ... Wer nicht mehr mitkommt und das Gefühl hat, abgehängt zu sein, schäumt oft innerlich ..., wenn er oder sie die politischen Diskurse verfolgt ... Dieser Personenkreis ist besonders ansprechbar für das, was wir im folgenden Kapitel als *Affektpolitik* diskutieren.“ (S. 350)

„wir zeigen, wie sich *Parteien und Wählerschaften* in den vier Arenen positionieren“, es gibt in D aber einen „Drang zur Mitte“ (S. 351).

Statt materieller Konflikte, so eine zentrale These der Forschung, seien nun „Identität und kulturelle Werte entscheidend für die Strukturierung des politischen Raums.“ (S. 352)

„Wie stark sind die Elektorate der Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen sortiert? Gibt es klare Unterschiede oder große Überlappungen?“ (S. 352f.)

Zunächst Sondierung, welche Standpunkte die Parteien in unseren 4 Arenen einnehmen – Basis: Daten des „Chapel Hill Expert Survey“ (S. 353)

Zusammen mit der FDP vertritt die AfD in der Oben-unten-Arena „die marktliberalste Position“ (S. 353). Noch stärker als bei der SPD steht hier bei den Linken die Umverteilung im Vordergrund.

In der Innen-Außen-Arena vertritt die AfD die radikalste Schließungsposition. „Insgesamt findet sich in allen Arenen ein breit aufgefächertes parteipolitisches Spektrum.“ (S. 356)

Stimmen nun die Parteiprofile mit den Anhängerschaften „ideologisch überein?“ (S. 356)

Die „Elektorate der Linken und der FDP“ liegen in der Verteilungsarena „am weitesten auseinander, in den drei neuen Arenen hingegen AfD- und Grünen-Wähler.“ (S. 357)

Allerdings sollte man „Wählerschaften“ nicht „als scharf abgrenzbare Kompartimente“ verstehen. (S. 360)

„Insgesamt ist bemerkenswert, wie groß“ in den vier Arenen „die Überlappungsberieche“ in den Einstellungen der Wähler sind – „wiederum mit Ausnahme der AfD (und stellenweise der Grünen)“ (S. 361)

„Es stehen demnach keine ideologischen Trennwände zwischen den Wählerschaften, auch wenn der Schwerpunkt jeweils woanders liegt.“ (S. 361)

Größer sind die Differenzen nur in der migrationspolitischen Innen-Außen-Arena und in der Heute-Morgen-Arena (S. 361).

Die Linkenwähler scheinen in der Migrationsfrage gespalten: eine eher migrations skeptische einerseits und eine „emphatisch migrationsoffene.“ (S. 362). Beim Klima zeigen sich hier sogar drei Wölbungen.

Und wieder das Fazit: „Alles in allem haben wir es ... nicht mit einer Aufspaltung der Elektorate zu tun, sondern mit großen Überlappungen zwischen den meisten Parteien. Die Hauptaussage ist der radikalisierte rechte Rand der AfD“ (S. 362).

„Der Anteil der jeweiligen Parteianhänger, die sagen, es gäbe in Deutschland zu viele Migranten, schwankt zwischen 11 (Grüne) und 33 Prozent (CDU/CSU) – bei der AfD sind es 84 Prozent.“ (S. 363)

Die Meinung, Migranten bereichern das kulturelle Leben: 57% (SPD), 81 % (Grüne), AfD (13%).

„Von einem ‚Kulturkampf‘ zwischen den parteipolitischen Anhängerschaften kann also – mit Ausnahme der AfD und ihrer schärfsten Antagonisten, der Grünen – keine Rede sein“ (S. 363). UFFALLEND IST NUR, DASS 80% DER GRÜNEN-WÄHLER AUSSCHLIEßEN, DIE AfD ZUWÄHLEN, BEI DEN LINKEN SIND ES NOCH 45% (S. 364)

„IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE BESTÄTIGEN ANDERE STUDIEN UNSEREN BEFUND EINER EHER GERINGEN ANIMOSITÄT DER WÄHLERSCHAFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK, JA, SIE ZEIGT SOGAR, DASS DIE ANTIPATHIE SEIT DEN SPÄTEN SIEBZIGERN GESUNKEN IST.“ (S. 365)

Die AfD ist hier „erneut“ das schwarze Schaf der Parteienfamilie. „Ihr werden quer durch das politische Spektrum frostige Gefühle entgegengebracht“ (S. 365)

Es ist hier aber weniger von einer Spaltung der Mitte als mehr von „einem 90:10 Split“ die Rede (S. 366).

„Auch wenn *Arbeiterinnen und Arbeiter* ... im Schnitt in die partikularistisch-konservative Richtung ausschwenken und eine vergleichsweise große Minderheit von ihnen AfD wählt, liegen Welten zwischen dem durchschnittlichen Einstellungsmuster der Arbeiterklasse und jenem der AfD-Anhänger.“ (S. 368)

Die Einstellungsprofile von Arbeitern ähneln am stärksten denen von *Nichtwählern*.

„Wenn die gesellschaftspolitischen Profile der Wählerschaften zwar Unterschiede aufweisen, diese aber nicht mit wechselseitigen Ausschlüssen einhergehen, dann bedeutet dies, dass die Möglichkeiten einer stabilen, programmatisch gesteuerten Parteibindung abnehmen.“ (S. 369)

„Die Anhängerschaften spiegeln hier letztlich Tendenzen der Parteien selbst. Verstärkt durch die lange Phase Großer Koalitionen ... haben sich viele einstmals trennende Programmprofile verwischt, ...“ (S. 369)

Das ermöglicht einerseits Möglichkeiten, „über die Kernklientel hinaus Erfolge zu erzielen“ (S. 371). Umgekehrt umgekehrt.

Hinter dem Banner der AfD, „versammelt sich vor allem ein ideologisch vom Bevölkerungsdurchschnitt klar abgesetzter rechte Rand, der aber insbesondere unter den Nichtwählern Wachstumspotenzial hat.“ (S. 372)

Ziemlich vertrackt ist die Lage „in den Arenen Migration und Klima, wo die Probleme an entscheidenden Punkten die Bewältigungskapazitäten staatlicher Instanzen übersteigen.“ (S. 372). Hier gibt es „eine große Validität“ und „starke Amplituden der Mobilisierung“.

Themen werden somit weniger in der sozialen Mitte, als vielmehr „über die Ränder“ politisiert.

Zudem lässt sich das Verhältnis der Parteien zur Sozialstruktur nicht mehr als ‚eingefrorene Landschaft‘ verstehen. Der Soziologe W. Streeck hat hier schon sehr früh vom ‚Aussterben der Stammkunden‘ gesprochen. (S. 373). I

n D sinkt die Wahlbeteiligung seit den 80ern und nur noch 1,7% der Wahlbevölkerung sind Mitglied einer im Bundestag vertretenen Partei (S. 373). „1990 waren es noch doppelt so viele“. Und in den Parteien werden die Menschen mit geringerem Einkommen immer weniger: Und „Die Interessen von Arbeitern, Bürgern mit geringerer Bildung und geringerem Einkommen bestimmen immer weniger die Agenda.“ (373)

Parteien müssen deshalb flexibler sein und schneller auf Stimmungen, Diskurse und Narrative reagieren „oder selbst mit ihren Vorstößen an Affektlagen in der Bevölkerung anschließen.“ (S. 373) Das ließe sich als Affektpolitik bezeichnen, die in ein mediales Umfeld passt, „das selbst über die Bewirtschaftung von Affekten Aufmerksamkeit generiert.“ (S. 374)

„Jede Fernsehsendung, jeder Blogpost, jeder Tweed kann zum Zankapfel werden, ... plötzlich ‚poppen‘ irgendwelche Themen auf – für die sich unter Umständen eine Woche später niemand mehr interessiert. In diesem Kampf um Aufmerksamkeit spielen Trigger eine große Rolle, weil sie mit Emotionalisierungen verbunden sind und Menschen zu dezidierten Positionierungen des Dafür oder Dagegen verleiten.“ (S. 374)

Gefahr, dass diese Ersatzpolitiken mit hoher emotionaler Ladung die selbst gesetzten Programmatiken verdrängen (S. 375).

„Vor diesem Hintergrund lässt sich im Raum des Politischen beobachten, wie die Zuspitzung und Anheizung von Konflikten zum Erfolgsrezept radikalierter politischer Akteure werden kann.“ (S. 375)

Polarisierungsunternehmer verdienen damit ihr Geld. Verstärkung von Konflikten ist eine „Kernkomponente ihrer Strategie“ (S. 375).

Hier tun sich vor allem die „Protagnisten des Rechtspopulismus hervor“ (S. 376). Die von uns analysierten Trigger sind für sie quasi prädestiniert: sie rufen starke Zustimmung oder Ablehnung hervor. Man schafft so „Platz für Dissens und Empörung“ (S. 376).

Diese Triggerthemen fungieren einerseits als Aufreger, andererseits stellen sie Chiffren dar, um politische Differenzen über den Einzelfall hinaus zu markieren und moralische Anknüpfungen zu bieten. „Wer die sexuellen Übergriffe von migrantischen Gruppen in der Silvesternacht mit Besorgnis sieht, soll seine Heimat bei den Migrations skeptikern und Islamkritikern finden.“ (S. 376).

Wichtig hier: „Wir können etwa sehen, dass bei einzelnen Themen – beispielsweise der Meinung zur gendergerechten Sprache oder der Erwartung, dass sich der Klimawandel durch technologische Innovation bewältigen lasse – die Einstellungen der AfD-Wähler nahe an die der CDU/CSU und der FDP herankommen. ... Entlang solcher programmatischer Einzelposten versuchen nun Polarisierungsunternehmer, politische Geländegewinne zu realisieren.“ Denn genau an diesen Punkten können Parteibindungen aufgelöst werden (S. 377).

Wie verträgt sich dieser Befund mit der zurückhaltenden Bewertung der Polarisierungsdiagnose durch die Autoren? Sie verträgt sich damit, weil sich die Polarisierung an den politischen Rändern abspielt – auf Grundlage einer ‚breiten

konsensuellen Basis´. „Nicht die Gesellschaft spaltet sich, sondern die Außenbezirke der Meinungslandschaften beschallen zunehmend das viel größere Zentrum.“ (S. 378)

Die Mitte ist „entideologisiert und nur schwach parteipolitisch gebunden, was ihre Mobilisierungs- und Artikulationsfähigkeit schwächt.“ (s. 378)

Die Konfliktformierung im öffentlichen Raum entfaltet sich vor allem „über die politisierten Ränder“.

Das erzeugt den falschen Eindruck, die Gesellschaft zerfalle insgesamt in zwei abgrenzbare Lager. (S. 378)

1. Politisierung und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

Der heute populäre Polarisierungsdiskurs sieht die Gesellschaft in zwei Höcker mit einem tiefen Graben dazwischen verteilt, ähnlich einem Kamelrücken (S. 379).

Die Studie der Autoren ergibt ein anderes Bild: Statt eines Kamelrückens legt es den eines Dromedars nahe. (S. 380)

„Sowohl für die allermeisten Einzelkonflikte als auch für das Gesamtbild zeigt sich, dass die Gesellschaft *nicht Kamel, sondern Dromedar* ist, dass Menschen also viel stärker zur Mitte als zu den Rändern tendieren.“ (S. 380f.)

„Im Hinblick auf grundlegende Leitvorstellungen wie Wohlfahrt, Klimaschutz, Toleranz und gesteuerte Einwanderung lässt sich ... ein weitreichender *gesellschaftlicher Konsens* ausmachen, gegenüber dem die entschiedeneren Haltungen an den Rändern in der Minderheit sind. ... für eine Rückkehr zu traditionalistisch-rigiden Gesellschaftsformen können sich nur die wenigsten erwärmen“ (S. 381)

In der Oben-Unten-Arena gilt Ähnliches: der überwiegende Teil der Bevölkerung will einen „sicheren und umverteilenden Wohlfahrtsstaat“ (S. 381). Und beim Klimaschutz sieht „das Gros der Bevölkerung“ es als „dringliche Aufgabe“ an.

„Der meiste Streit spielt sich nicht zwischen unversöhnlichen Lagern mit unvereinbaren Zielvorstellungen ab, sondern es geht um die vielen ´Ja-aber´, die mit bestimmten Projekten verbunden sind.“ (S. 382)

„Dieser Konsens bleibt oft unausgesprochen, scheint aber in einem geteilten Verständnis des Problems“ als ´breit geteilter implizierter Gesellschaftsvertrag´ auf.“ (S. 382).

Was sind die Gründe dafür, dass die deutsche Meinungslandschaft nicht so polarisiert ist wie in anderen Ländern, z.B. den USA?

„Sozialstrukturell ist Deutschland auch heute noch eine *mittelschichtsdominierte Gesellschaft*, die stark über Erwerbsarbeit integriert ist und deren Sozialstaat zentrale Lebensrisiken recht umfassend kompensiert.“ (S. 385)

Politisch wirken zudem das Verhältniswahlrecht, die Vielzahl von Koalitionsregierungen und die föderale Struktur und zudem der starke öffentliche Rundfunk als „Gegengift gegen die Polarisierung“ (S. 383).

Warum fällt die gefühlte Polarisierung so groß aus?

Weil es zu einer veränderten Politisierung an den Rändern kommt. Es ist eine Politisierung ohne Polarisierung.

Da haben wir

- zum einen das Duo Grüne/AfD,
- zum zweiten eine Radikalisierung zahlreicher kleiner Gruppen – unter ihnen „Polarisierungsunternehmer“,
- zum dritten gibt es da „eine affektpolitische Aufladung entlang von Triggerpunkten“ (S. 384).

Zum ersten Punkt: Die drei postindustriellen Ungleichheitskonflikte oder -arenen (Innen-Außen, Wir-Sie, Heute-Morgen) heben sich vom alten Verteilungskonflikt (Oben-Unten) ab. „Daraus entstehen neue politische Haltungen und Identitäten“, (S. 384)

Die drei postindustriellen Arenen funktionieren „jeweils nach einer eigenständigen Logik, und in der breiten Mitte fusionieren sie (noch) nicht zu einem übergeordneten Megakonflikt“ (S. 386).

Anders scheint es an den progressiven und konservativen Rändern des Spektrums – d.h. bei AfD und Grüne - zu sein. Deren Einstellungen weichen „zu *allen drei* neuen Konfliktarenen ganz erheblich“ vom Durchschnitt ab. (S. 395)

Diese „Mobilisierung von den Rändern ... könnte mittelfristig durchaus zu jener Polarisierung führen, die bislang nur beschworen wird.“ (S. 385)

Aber im Augenblick bilden sie noch die Minderheit: „Gegenwartsdiagnosen, die das Land beschreiben, als bestünde es nur aus überzeugten Grünen- und AfD-Anhängern, vergessen die große Mehrheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner.“ (S. 385)

Ähnliches gilt auch für radikale Gruppen an den Rändern wie den Aktionen der letzten Generationen oder den erbitterten Kampf um die sog. Cancel Culture, rechtsextremer Fackelmärsche etc. (S. 386). Deren Kompromisslosigkeit spiegelt nicht Diskursart der Menschen außerhalb dieser Zirkel wider, das zeigen die Befunde der Autoren. (S. 386)

Allerdings gelingt es Randgruppen immer wieder, in die Debatten so einzudringen, dass sich die Mitte „zu vehementen Positionierungen herausgefordert“ fühlt (S. 387), wodurch sich „politische Kulturen verschieben können.“

Die Autoren haben versucht, zu zeigen, wann und unter welchen Bedingungen das geschieht.

„Triggerpunkte sind Sollbruchstellen der Debatte, an denen sich Empörung und Widerspruch, aber auch empathische Zustimmung artikuliert und die durch eine besondere Emotionalität gekennzeichnet sind. Sie finden sich vor allem dort, wo ungerechte Ungleichbehandlungen als Bruch des Gleichheitsgebotes wahrgenommen werden, wo bestimmte Erwartungen von ‚Normalität‘ herausgefordert oder unterlaufen werden, wo Menschen Entgrenzung und Kontrollverlust fürchten und wo sie politische Maßnahmen als übergriffige Zumutungen empfinden.“ (S. 387f.)

Aber solche Triggerpunktzündungen können auch stattfinden, „wenn in der Breite der Gesellschaft *keine* Polarisierung vorliegt.“ (S. 388)

„Dabei kommt es oft zu konkreten Konfrontationen um temporär aufflammende Anlässe“ (S. 388). So ein Thema war lange Zeit die Homoehe. Jetzt ist die „Aufregung längst weitergezogen, etea zur feien Wahl der Geschlechteridentität.“ (S. 388)

Triggerpunkte sind ernst zu nehmen, wobei die aktuelle Aufregung vom übergreifenden Bogen/Kontext zu unterscheiden ist. „Im Rückblick werden etwa die Nachkriegsjahre allzu leicht zu einem wohltemperierten Idyll verklärt. Die harten Auseinandersetzungen, die die Bundesrepublik nach 1945 erlebte, geraten dann in Vergessenheit: die (lange unterbliebene) Aufarbeitung der Naziverbrechen, die Studentenrevolte, die Wutreden von Franz Josef Strauß und Herbert Wehner ... der Radikalenerlass von 1972, Die Auseinandersetzung um Abtreibung, Pershing-Raketen und die Startbahn West“ ... etc.

„Die Geschichte der Bundesrepublik ist bei näherem Hinsehen auch eine Konfliktgeschichte deren historische Trigger heute freilich oft verblasst sind und uns umso fremder werden, je weiter sie zurückliegen.“ (S. 389)

Klassenunterschiede

... liegen heute nur noch relativ und graduell vor. Es geht nicht mehr um einen fundamentalen Antagonismus. (S. 390)

„Die Beobachtungen von Klassenunterschieden in Konflikteinstellungen weist auf den bedeutsamen Fakt hin, dass Weltbilder von sozialen Erfahrungen, Interessen und Identitäten geprägt werden.“ (S. 390)

Man kann deswegen aber nicht von einem ´neuen Klassenkampf – z.B. zwischen Arbeitern und Akademikern um Diversität und Klimaschutz reden (S. 391). Auch innerhalb der Klassen gibt es „Dissens.“

„Sinnvoller“ erscheint es, „genauer zu beobachten, wie Angehörige verschiedener Klassen über Konfliktthemen sprechen und dabei jeweils sehr unterschiedliche Gesichtspunkte ins Zentrum rücken.“ (S. 391)

Unterschichten diskutieren dabei eher „Aspekte materieller Knappheit“. Diskutiert wird hier zudem häufiger, was „das Treiben *anderer* ... für den eigenen Alltag bedeuten könnte. In der oberen Mittelschicht hingegen stellen die Beteiligten viel stärker ihr eigenes Handeln in den Vordergrund“ - z.B. wie man im Konsumverhalten zum Klimaschutz beitragen kann. Statt die Frage nach dem *Wer kriegt was? zu stellen*, wird mehr gefragt: *Wie sollen wir leben?* (S. 391)

Entsprechend wird die Idee der kulturellen Gleichheit in den nichtakademischen Schichten eher (passiv) mitgetragen als aktiv dafür zu kämpfen (S. 392).

„Eine subalterne Position in der Statushierarchie kann hier dazu führen, dass man die vor allem von Bildungseliten vorangetriebenen kulturellen Veränderungen als übergriffig und den eigenen Lebenserfahrungen fremd wahrnimmt. Kontroversen um Regenbogenfahnen oder Gendersprache könne sich leicht zu symbolischen Klassenkämpfen verstärken.“ (S. 392)

Das wird schnell als gekünstelt und dem gesunden Menschenverstand widersprechend empfunden.

Ist aber eher ein Aneinandervorbeireden als ein handfester Antagonismus. Kann sich künftig aber stärker als Klassengegensatz politisieren.

„Zu denken gibt nicht zuletzt der Befund, dass Gefühle der Wut und Veränderungserschöpfung auf den unteren Sprossen der Hierarchie deutlich stärker empfunden werden als auf den oberen Rängen.“ (S. 392)

„Die Ursachen dieser Gefühle zu adressieren und ihnen politisch Ausdruck zu verleihen, stellt eine dringende demokratische Aufgabe dar. Wird sie vernachlässigt, füllen Rechtspopulisten bereitwillig die Lücke.“ (S. 392)

Neben dem Postulat der Differenzierung räumt die Studie der Autoren "mit populären Mythen auf, in denen von sozialen Schubladen auf politische Gesinnungen geschlossen wird. Weder stechen 'alte weiße Männer' laut unseren Daten in der Breite durch besonders reaktionäre Meinungen hervor, noch wird die Konfliktlandschaft nennenswert durch eine Generationenkluft oder ein Stadt-Land-Gefälle strukturiert." (S. 393)
Das gilt auch bei Klima- und Diversitätsfragen sowie der Migration.

„Soziale Konflikte sind nie einfach nur da, sie werden gesellschaftlich hergestellt: entfacht, angeheizt, getriggert.“ (S. 393)

Politisierung erscheint so als Erzeuger polarisierter Einstellungen, vor allem dort, wo „Unternehmer, Massenmedien und Parteien umstrittene Themen besonders stark bespielen und dafür sorgen, dass sich unterscheidbare ... Glaubenssysteme herausbilden.“ (S. 394).

Erst die Politisierung bestimmter Fragen stellt so die Polarisierung her – nicht umgekehrt. „Die Polarisierung der Bürger folgt demzufolge der Polarisierung der Parteien.“ (S. 394)

„Folgenreiche Spannungen entstehen dann, wenn es der politischen Angebotsseite gelingt, einen stabilen Keil zwischen Bevölkerungsgruppen zu treiben.“ (S. 394)

„Das Bespielen von Triggerpunkten ist in dieser Situation eine attraktive Möglichkeit, alte Wählergruppen zu mobilisieren und neue zu erschließen.“ (S. 395)

„Entscheidend für die zukünftige Entwicklung wird sein, ob es den etablierten Parteien gelingt, zentrale Adressaten politischer Erwartungen zu bleiben.“ (S. 395)

„Wenn wir in dieser Form das Bild einer ... gespaltenen Kamelgesellschaft zurückweisen, sagen wir nicht, dass wir in einer konfliktarmen Friede-Freude-Eierkuchen-Gesellschaft leben.“ (S. 395)

Es ergibt sich das Bild einer zerklüfteten, verkraterten Konfliktlandschaft, „die sich nur an den politisierten Rändern und unter den höher Gebildeten anhand einer klaren Lagerlogik beschreiben lässt.“ (S. 395)

In der Oben-Unten-Arena nimmt die Ungleichheitskritik zu, ohne dass das bislang zu einer starken Mobilisierung gegen materielle Ungleichheiten geführt hätte. (S. 396) Gleichzeitigkeit von Kritik und Akzeptanz, eine Art 'demobilisierter Klassengesellschaft' (S. 396).

Es gibt auch noch keine, für eine Mobilisierung nötige „anziehende“ Leitakteure“ (S. 397).

In der Innen-Außen-Arena „verläuft die Grundspannung zwischen jenen, die Offenheit gegenüber Migration befürworten, und jenen, die hier zurückhaltender oder sogar ablehnend sind.“ (S. 397)

Sozial dominiert eine Haltung der bedingtem Inklusionsbereitschaft. Zwar glauben die meisten, dass Einwanderung nötig ist, aber nur wenige unterstützen weitgehend offene Grenzen (S. 397).

Eine Willkommenskultur ist (nur) dann auszumachen, „wenn die 'gefühlte' kulturelle Fremdheit begrenzt bleibt, wenn 'echte' humanitäre Migrationsgründe vermutet werden oder wenn Zuwanderung als arbeitsmarktcompatibel angesehen wird. Umgekehrt umgekehrt (S. 398).

„Im Zeitverlauf können wir aber keinen migrations skeptischen *Backlash* beobachten; auf der Ebene der Bevölkerung gibt es seit den neunziger Jahren sogar eine leichte Zunahme migrationsfreundlicher Haltungen“ (S. 398).

„Dennoch erweist sich die Innen-Außen-Arena im Vergleich als jene, in der die stärkste Polarisierung herrscht.“ (S. 398)

„Die politische Grammatik von Arbeiterinnen und Arbeitern lässt sich aber trotz größerer Migrations skepsis nicht auf einen Rechtsdrift reduzieren: Vielmehr zeigt sich ein ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein aufgrund verletzter Leistungs- und Anerkennungsvorstellungen“ (S. 398)

In der Wir-Sie-Arena hat die ´stille Revolution´ der Werte dazu geführt, das Pflicht- und Konformitätswerte geschwächt wurden und kulturelle Offenheit gestärkt wurde (S. 399). Diese „Entkonformisierung“ ist ein „Breitenphänomen“, ein „Massenphänomen“. Aber diese Liberalisierung hat auch Grenzen.

„In unserer Studie zeigt sich, dass Vorbehalte gegenüber Diversität vor allem dann artikuliert werden, wenn Anerkennung über ein reines Hinnehmen (´Jeder nach seiner Fassung´) hinausgehen soll. Was sich besonders am Konflikt um die richtige Sprache zeigt.

„Sprachpolitische Interventionen ... treffen auf starke Reaktanz.“ (S. 400)

Heute-Morgen-Arena<: Der Klimawandel wird in allen Geburtskohorten „als wichtiges und drängendes Problem benannt“ (S. 400). Unterschiede gibt es darin, wie man die Dynamik des Wandels einschätzt und wer die Kosten tragen soll.

„Der Grundkonflikt verläuft hier zwischen einem klimapolitischen ´Sofortismus´... und den schnellen Ängsten, die schneller Wandel und radikale Veränderungen auslösen.“ (S. 400)

Die Klimaarena ist für die Autoren eine „*Klassenthematik im Werden*“ (S. 401).

„Verlustängste können“ hier „zu Blockadehaltungen führen, auch wenn das Problem als solches anerkannt wird.“ (S. 401)

Zusammenschau der Befunde zu den Ungleichheitsarenen (S. 402-403)

Abb. 11.1: Ungleichheitsarenen – Zusammenschau der Befunde

	Oben-Unten-Arena	Innen-Außen-Arena	Wir-Sie-Arena	Heute-Morgen-Arena
Gesamtbild	»demobilisierte Klassengesellschaft«: Konkurrenz und individualisierte Strategien statt Klassenkampf Ungleichheitsparadox: Gleichzeitigkeit von Kritik und Hinnahe Meritokratiegläubigkeit und Deservingness als Stützen der Ungleichheit	Akkommodation in der Migrationsgesellschaft, Inklusionsbereitschaft mit Vorbedingungen Unterscheidung (un)erwünschter Migranten, partieller Abwehrnationalismus eingespielte Debatten: »gute Migranten, schlechte Migranten«	liberalisierter Konsens der »Erlaubnistoleranz« Streitpunkt: stillschweigende Eingemeindung der Anderen als »Normale« versus öffentliche Anerkennung als Besondere und Hinterfragen der tradierten Norm	Dynamischer, noch unvollständig auskonturierter Konflikt Problembewusstsein breit geteilt, aber soziale und wirtschaftliche Zielkonflikte »Zeitkonflikte« um Priorisierung jetziger vs. zukünftiger Interessen
soziale Strukturierung des Konflikts	moderat: Umverteilungseinstellungen klassenstrukturiert (Besitzende vs. Lohnabhängige) Ungleichheitskritik aber klassenübergreifend Meritokratiegläubigkeit stärker in unteren Schichten	stärker: Bildungs- und Klassenunterschiede größere Offenheit der oberen Mittelklassen stärkere Schließungsorientierung und Konkurrenz-wahrnehmung bei Arbeitern, aber große Varianz der Reaktionen	eher gering: klassenübergreifende Ablehnung von Diskriminierung und intervenierender Sprachpolitik untere Schichten etwas skeptischer gegenüber öffentlicher Thematisierung von Diskriminierung und Differenz	moderat, aber Klassenkonflikt im Werden: verschiedene Ökologien der Arbeiter- und Mittelklasse stärkere Transformations-ängste unten »ökologische Distinktion der oberen Mitte

Außenpole im sozialen Raum (Klassen)	Arbeiter und kulturelle Experten vs. Beiztende (Arbeitgeber und Kleinunternehmer)	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende
Außenpole im politischen Raum (Wähler)	Linke vs. FDP	Grüne vs. AfD	Grüne vs. AfD	Grüne vs. AfD
Trigger	unverschuldete Armut, unversicherter Reichtum Sozialbetrug als Reziprozitätsverletzung Bruch moralisierter Leistungsimperative	»Vordränger in der Warteschlange«, Anspruchskonkurrenz Kontrollverlust, Überlastung empfundene Überfremdung, kulturelle Distanz	»Sonderrechte« Political Correctness als Vorgabe »von oben« Reaktanz gegen sprachpolitische Eingriffe Irritierte Routinen	Tempo der Transformation ungerechte Lasten ökologische Bevormundung Maßnahmenzweifel
mögliche Befriedigungsformeln	investive Sozialpolitik, gesicherte Daseinsvorsorge Tarifpolitik Steigerung der Umverteilungskapazität	gesteuerte Migration Ermöglichung von Integrationsperspektiven begündeter Humanitarismus	Verrechtlichung von Gleichstellung inklusive Anerkennungspolitik	soziale Flankierung der Transformation Kompensation, faire Lastenverteilung, öffentliches Eigentum, Beteiligungen

Durch alle Arenen ziehen sich bestimmte moralische Universalien wie Vorstellungen von Gerechtigkeit und Fairness sowie Normalitätserwartungen (sich einpassen, auf Mehrheiten Rücksicht nehmen, es nicht übertreiben: solche Bewertungen laufen permanent mit, wenn es um die Frage geht, wessen Ansprüche legitim sind). (S. 404)

Als diskursübergreifendes Muster fällt zudem die „*Anspruchsabwehr ins Auge*, die vor allem als Reaktion auf progressive Vorstöße zum Tragen kommt.“ (S. 405)

Einstmals progressive Werte wie Klimaschutz und Vielfalt werden heute von fast niemanden mehr infrage gestellt. Skeptiker weichen hier vielmehr auf die Kritik an der Umsetzung aus – im Sinne von ´übertrieben´, ´zu viel´, ´nicht durchdacht´ (S. 405)

Man „befürchtet ein Übermaß an disruptiver Energie“ (S. 405).

Typische Muster: da kann ja jeder kommen, wie soll das gehen, wir können nicht x aufgeben um y zu tun etc.. Auch beliebt: der gesunde Menschenverstand.

Schließlich haben nicht wenige moralische Urteile in allen Arenen „eine nationale Schlagseite“ (S. 406), die mit Blick auf andere Staaten zu relativieren sucht (z.B. blick auf die USA, China in der Klimafrage).

Preisfrage: verfügt die Gesellschaft über die Kapazitäten, Auseinandersetzungen nicht nur auszutragen, sondern auch zu befrieden?“ (S. 407)

D.h. „Welche Mittel der Pazifizierung kommen in den Arenen zum Zuge?“

Konflikte gehören zum sozialen Wandel dazu. Es ist aber wichtig, mit ihnen so umzugehen, „das unterschiedliche Ansprüche Gehör finden und die Interessen breiter Bevölkerungskrise berücksichtigt werden.“ (S. 408)

Sie zu befrieden bedeutet, langfristig akzeptable Kompromisse zu finden. Dazu braucht man aber moralisch plausible (und anerkannte) Institutionen. (S. 408)

Damit aber ist nur erst ein recht „abstraktes Angebot“ formuliert, das in jedem Fall Aushandlungsprozess neu konkretisiert werden muss (S. 409).

Die Oben-Unten-Arena mit ihren ökonomischen Verteilungsfragen ist schon „besonders institutionalisiert“ (S. 409). Hier gibt es regulierte Arbeitsbeziehungen, ein sozialstaatliches Arrangement, kooperative Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und einen ganzen Instrumentenkasten zur Bearbeitung des Klassenkonflikts (S. 410). Allerdings gibt es neue Klassenlagen und eine „Aushärtung von Armutslagen, schwachen Aufstiegschancen“ und eine neue Unterschicht, die politisch wenig integriert ist.

Die Autoren sehen jedoch keine „starke Befürwortung für eine Umverteilung von oben nach unten“. Der Staat solle jedoch die Alterssicherung und Gesundheitsversorgung garantieren. Hinzu treten Vorbehalte gegenüber möglichen Transferempfängern, denen man „aus kulturellen oder moralischen Gründen eher skeptisch gegenübersteht.“ (S. 410)

Heraus sticht die Zustimmung für eine investive Sozialpolitik, „also Maßnahmen und Instrumente, die auf Bildung, Qualifizierung“ abzielen. Der Staat solle hier seine Ressourcen vorausschauend einsetzen.

Das Bewusstsein dafür, dass rein marktwirtschaftliche Organisationsformen kaum geeignet sind, die Daseinsvorsorge in der Fläche in der notwendeigen Qualität zu erbringen, „haben den Blick auf den Staat verändert. Hier kommt es darauf an, Leistungs- und Handlungsunfähigkeit auszubauen.“ (S. 411)

Welche Kompromissformeln sind in der Innen-Außen-Arena tragfähig?

Unumstritten: offene Grenzen im Schengenraum. Deutlich kritischer gesehen werden Migranten aus Afrika und Arabien (S. 411). Zuwanderung will man nur, wenn Integration gewährt wird. Das Punktesystem trifft deshalb auf „große Akzeptanz“ (S. 411). „Diese auf

Nutzenkalküle und Integrationserwartungen ausgerichtete Perspektive ist gesellschaftlich mehrheitsfähig“ (S. 411).

Angezweifelt wird aber, dass staatliche Akteure dazu in der Lage sind – z.B. mit Verweis auf Defizite im Schulsystem oder beim Wohnraum.

Anders sieht es bei der humanitären Migration aus. Befürchtungen vor Kontrollverlust, Einwanderung in Sozialsysteme etc. dominieren hier. Kritisiert wird nicht das Asyl-/Flüchtlingsrecht, sondern der rechtliche Rahmen, der 'falsche Anreize' setze. (S. 412)

Auf der anderen Seite dominiert hier das Verständnis für globale Verpflichtungen, man lehnt rassistische Unterscheidungen ab und beruft sich auf „grundlegende Menschenrechte“ (S. 412).

„Das Gros der Bevölkerung ordnet sich zwischen diesen beiden Positionen ein; man wünscht sich auch im Asylsystem wenigstens minimale Konditionierungen, um Missbrauch und eine Überforderung der Aufnahmekapazitäten zu verhindern.“ (S. 412)

„Die Transformation in Richtung Einwanderungsland ist schon weitgehend vollzogen ...“ (S. 413)

In der Wir-Sie-Arena ist das Areal der Politisierung „noch nicht festgetreten und umfassend arrondiert. ... entbrechend hochfliegend sind die moralischen Leidenschaften, was die Einhegung dieser Konflikte besonders anspruchsvoll macht.“ (S. 413)

Nicht-Diskriminierung und Diversität sind zwar einerseits allgemein positiv besetzt, gleichwohl begegnet man auf Forderungen diverser Gruppen „skeptisch“. Man befürchtet, dass Partikularinteressen die Interessen der Allgemeinheit gefährden könnten und eine „*anererkennungspolitische Anspruchsinflation*“ stattfindet (S. 414).

Es gibt hier noch keine „etablierten Befriedungsformeln“ (S. 414). (Erste) Vehikel sind Gesetze – z. B. gegen Diskriminierung und für Gleichstellung. Besonders schwierig wird es, „Partikularinteressen rechtlich zu begründen, weil ein Bezug zu Gleichheitsgrundsätzen argumentativ begründet werden muss.“ (S. 414)

Aber auch das ganze Rechtssystem kann hier infrage gestellt werden.

Quoten, Fördermaßnahmen sprachliche Regulierungen greifen ins Alltagsleben ein. Hier geraten alte „Geltungshierarchien ins Wanken, weshalb solche Maßnahmen kritischer beäugt werden als etwa eher abstrakte rechtliche Regelungen.“ (S. 414f.)

Widerstände gibt es vor allem da, wo Gewohntes ins Wanken gerät. „Gegen gendergerechte Sprache gibt es erheblichen Widerstand, der Gender-Pay-Gap hingegen gilt gesellschaftsweit als Problem.“ (S. 415)

Es mag bezweifelt werden, „dass ein pädagogischer (offiziöser) Ansatz für die Durchsetzung diskriminierungsfreier kultureller Mitgliedschaft weit trägt, vielmehr bedarf es sozialer Interaktionskontexte, über die sich kulturelle Veränderungen allmählich etablieren. Erst dann wurzeln diese in sozialen Lebenswelten ein.“ (S. 415)

Die vierte Arena (Klimakonflikte) ist geprägt durch die Spannung zwischen sozialer Trägheit und klimapolitischer Notwendigkeit.

Ob die Klimabewegung zu einer 'ökologischen Klasse' mit breiten Allianzen werden kann, ist unklar. (S. 416)

Das Festkleben auf Straßen und das damit verbundene Behindern von Handwerkern und Berufspendlern dürfte „eher Vorbehalte schüren denn Solidarität wecken.“ (S. 416)

Die „Verteilungswirkung der ökologischen Transformation“ bleibt „die entscheidende Achillesferse der Klimapolitik.“ (S. 417)

Gerechte Verteilung der Lasten ist das entscheidende Einfallstor. Es herrscht oft eine große Sorge, „zu kurz zu kommen.“

Dem kann Politik durch Entschädigungen entgegenkommen, was aber zu „einer Überdehnung der kompensatorischen Fähigkeiten des Staates“ führen kann (S. 418). Geldmittel, die hierausgegeben werden, fehlen oft an anderer Stelle -z.B. um die eigentliche Transformation zu finanzieren.

„Die Zustimmung der Wähler ist daran geknüpft, dass tragfähige und gerechte (!) Lösungen mit Langfristcharakter entwickelt werden.“ (S. 419)

Gefragt sind hier aber neben der Politik auch die Konfliktparteien, die Medien, die Kommunen etc.

Ohne „diese Scharniere des gruppenübergreifenden Austauschs, ohne das Wirken der Zivilgesellschaft ist *Integration durch Konflikt* kaum denkbar.“ (S. 420)